

Wolffsche Arbeiter-Zeitung

**Jeder Betrieb
sammelt für die
Antifaschistische Aktion!**

Erk. Preis 10 Pf. ...
Wochenlohn 2 ...
monatlich 2,15 ...
gehörig ...
sammelungsange ...
meterzelle oder d ...
Sonderbelegblätter ...
in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)**

Hauptredaktion: Breslau 10, Kredittier Straße 50. Fernsprecher 420 59. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Kredittier Straße 50 (Worberhaus). Fernsprecher 459 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Geschäftsamt:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kredittier Straße 50. Fernsprecher 460 59.

Streikflieg der Bunzlauer Metallarbeiter

Die Firma Breitenfeld nach zweitägigem Streit auf die Knie gezwungen — 4prozentiger Lohnraub rückgängig gemacht — Glänzende Streikstimmung in Miesky!

Betriebsbelegschaften greift an!

Bunzlau, 9. September. (Eig. Drahtber.) Heute morgen hat die Belegschaft des Metallbetriebes Breitenfeld in Bunzlau nach zweitägigem Streit die Arbeit geschlossen wieder aufgenommen, nachdem der Unternehmer den vierprozentigen Lohnraub rückgängig gemacht hatte. Der Streit bei der Firma Wiesner in Bunzlau geht weiter.

Miesky, 9. September. (Eig. Drahtber.) Unter der streikenden Belegschaft der Firma Christoph & Unmad herrscht eine glänzende Kampfstimmung. Die nationalsozialistische Führung hat den Streikbruch organisiert, und es ist ihr auch gelungen, einen Teil der Arbeitsplätze zu besetzen. Der Appell der streikenden Belegschaft an diese Kollegen, sich nicht als Streikbrecher mißbrauchen zu lassen, hatte einen Erfolg. Bereits im Laufe des Tages haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Dieser Schritt hatte unter der Belegschaft eine ungeheure Begeisterung ausgelöst.

Der glänzende Streikflieg der Belegschaft der Firma Breitenfeld muß ein leuchtendes Beispiel für alle Betriebsbelegschaften sein. Diese Kollegen haben der gesamten Betriebsarbeiterchaft, die gleichfalls vom Lohnraub bedroht ist, gezeigt, daß man nur mit der scharfen Waffe des Streiks die Hungerpläne der herrschenden Klasse siegreich abwehren kann.

Gestern hat die Belegschaft der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer mit dem Reichsarbeitsminister Schäffer stattgefunden. Nach dem Bericht von dieser Aussprache sollen die Gewerkschaftsführer „Protest“ gegen die Lohnraub-Notverordnung erhoben haben. Sie wollen sich aber im Kampf gegen die Lohnraub-offensive auf den Rechtsweg beschränken. Das ist eine Verhöhnung der Arbeiter, denn jedes Arbeitsgericht und jeder Schlichter wird nur bestätigen, daß die Unternehmer auf Grund der Notverordnung die Ermächtigung zur Unterschreitung der Tariflöhne haben. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, erfolgte in der Belegschaft auch „die Erklärung der technischen Seite der Durchführung der neuen Verordnung“. Das war der entscheidende Teil der Belegschaft. Die Gewerkschaftsführer wollen bei der Durchführung der Notverordnung mithelfen.

Um recht schnell die Unternehmer auf die Knie zu zwingen, ist es notwendig, daß die Streikfront von Stunde zu Stunde verbreitert wird und zu einer Lawine anwachsen muß. Am 15. September soll auf Grund der Notverordnung der von Papen durch die Notverord-

„Rote Fahne“ auf vier Wochen verboten

Werkstätige, verteidigt die kommunistische Presse

Berlin, 9. September. (Eig. Drahtber.) Die „Rote Fahne“ wurde gestern vom Berliner Polizeipräsidenten auf vier Wochen verboten. Die Veröffentlichung der Verbotsgründe ist unterjagt.

Die Papen-Schleicher-Regierung erhofft mit Verboten gegen die kommunistische Presse, gegen die Presse, die der ausgebeuteten Klasse den Weg des revolutionären Auswegs aus Not und Elend weist, ihre Notverordnungspolitik gegen die werttätige Bevölkerung reibungs-

Uebertritt der Genossin Felsen von der SAP. zur KPD.!

Siehe im Innern des Blattes!

Die nächsten Tage bis zum 15. September sind entscheidend für den Sieg des Proletariats gegen die Lohnrauboffensive. Wir rufen allen Betriebsarbeitern ohne Unterschied der parteipolitischen und Gewerkschaftszugehörigkeit zu:

Betriebsbelegschaften, greift an!

Halte sofort Belegschaftsversammlungen ab! Führt Kampfbeschlüsse, wähle einheitliche Kampfausschüsse und hißt das Streikbanner der Antifaschistischen Aktion!

losler durchführen zu können. Die hungernden Massen müssen deshalb nun erst recht den Kampf gegen Lohn- und Unterhaltungsabbau, für Arbeit, Brot und Freiheit führen. Alle Werttätigen müssen verteidigen die kommunistische Presse. Heraus mit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, die die Hungermaßnahmen der bestehenden Klasse in mehr oder weniger verdeckter Form billigt und unterstützt, die gegen die kämpfenden Arbeiter heßt. Wommiert die kommunistische Presse!

56 Monate Gefängnis für Reichsbannerarbeiter

Zwei Nazis, die Reichsbanner überfallen und schwer verletzt hatten, freigesprochen — Staatsanwalt Paschowski hatte gegen die Angeklagten insgesamt 5 Jahre Zuchthaus und 27 Jahre drei Monate Gefängnis beantragt — SPD- und Reichsbannerkameraden, kämpft in der Antifaschistischen Aktion gegen die Sondergerichtsjustiz, für die Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen!

Breslau, 9. September. Vor dem Breslauer Sondergericht wurde der Prozeß gegen 23 Reichsbannerkameraden gestern abend zu Ende geführt. Der bekannte nationalsozialistische Staatsanwalt Paschowski hatte folgende Strafanträge gestellt: Gegen den Parteisekretär Max Kufelczynski zwei Jahre Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruchs und Mordversuchs; gegen den Autosführer des Reichsbanners Fritz Wolf und seinen Beifahrer, den Tischler Franz Wisotz, je ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus. Gegen weitere 14 Reichsbannerleute wurde je 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis, gegen einen weiteren 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und gegen 5 Reichsbannerleute wegen einfachen Landfriedensbruchs je 1 Jahr Gefängnis. Die SA-Leute Lux und Scharwenke sollen wegen einfacher Körperverletzung mit 8 bzw. 10 Monaten Gefängnis bestraft werden.

Insgesamt wurden beantragt 5 Jahre Zuchthaus und 27½ Jahr Gefängnis.

Folgendes Urteil wurde abends 22 Uhr gefällt: 15 Reichsbannerkameraden wurden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt; acht Reichsbannerkameraden wurden freigesprochen, unter ihnen auch der Parteisekretär Max Kufelczynski.

Die zwei angeklagten Nationalsozialisten, die wegen schwerer Körperverletzung angeklagt waren, wurden freigesprochen.

Fünfzehn Reichsbannerkameraden sollen auf je vier Monate ins Gefängnis, obwohl durch Zeugenaussagen bewiesen ist, daß die Nationalsozialisten die Reichsbannerleute überfallen und schwer verletzt hatten. Der Freispruch der Nationalsozialisten ist ein weiterer Freibrief für die faschistischen Mordbuben. Viele hundert antifaschistische Arbeiter haben gestern vor dem Gerichtsgebäude gegen die Sondergerichtsjustiz demonstriert. Den sozialdemokratischen und Reichsbannerkameraden sei hier nochmals gesagt, daß es am 9. August die sozialdemokratische „Volksmacht“ gewesen ist, die die amtliche Mitteilung über die Verordnung Hindenburgs und Papens über Einleitung der Sondergerichte und Verhängung von Todesstrafen beglückwünschte und sie wie folgt betitelte: „Papen will es nicht“

durchgreifen, scharfe Maßnahmen angeordnet.“ Die Papen und Schleicher haben auf Wunsch der „Volksmacht“ auch wirklich durchgegriffen. Das Schreckensurteil im Ohlauer Prozeß gegen Reichsbannerkameraden und das gestrige Urteil bestätigen unsere Behauptung, daß die Sondergerichtsjustiz nur die antifaschistischen Arbeiter trifft.

Aus dieser Tatsache müssen die sozialdemokratischen und Reichsbannerkameraden erkennen, daß der Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz mit den sozialdemokratischen und Reichsbannerführern und ihrer Presse nicht geführt werden kann, sondern durch die Antifaschistische Aktion in den Betrieben und Stempelstellen.

Zentrum und Nazi einig in den Maßnahmen gegen die arbeitende Klasse

Papen rechnet mit weiterer Toletierung seines Kabinetts durch Zentrum und Nazi!

Berlin, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazi sind bereits soweit gediehen, daß Zentrum und NSDAP. eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht haben, in der allerdings nur gesagt wird, daß sich beide Parteien über wirtschaftliche Fragen weitgehend geeinigt hätten. Der Zentrumsführer Joss hat dazu eine öffentliche Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt.“

Nach dem „Volksanzeiger“ nimmt die Papen-Regierung folgenden Standpunkt ein; das Blatt schreibt: „Am Montag wird der Reichstag die Regierungserklärung entgegennehmen. Die politische Aussprache soll am Dienstag beginnen. Sollten Anträge von den Nationalsozialisten und vom Zentrum noch eingehen und sollten die beiden Parteien erklären, daß sie die Zustimmung über diese Anträge herbeiführen wollen, dann wird die Regierung den Reichstag sicher auf-

lösen. Sollten aber Zentrum und Nationalsozialisten einer Entscheidung zunächst ausweichen, so wird die Reichsregierung dabei weniger Wert auf die Begründung für dieses Ausweichen, als auf die Tatsache legen, daß der Reichstag das Kabinett nicht stützt. Die Regierung wird dann abwarten, ob Zentrum und Nationalsozialisten sich später entschließen, den Sturz des Kabinetts herbeiführen zu wollen. Die Regierung ist der Ansicht, daß sie auch dann, selbst wenn Zentrum und Nazi sich auf ein wirkliches Programm geeinigt haben, die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstags vom Reichspräsidenten erhalten wird. Die Nationalsozialisten und das Zentrum wollen nunmehr die Verhandlungen in Preußen weiterführen. Angeblich soll das Zentrum bereit sein, den Nationalsozialisten den Vorschlag des Ministerpräsidenten zu überlassen.“

Die Papen-Regierung rechnet also immer noch damit, daß Zentrum und Nazi, wenn auch nur mit oppositionellen Phrasen, den Weiterbestand des Reichskabinetts ermöglichen werden.

„Verwechself, verwechself das Bäumchen!“

Die „Vorsehung“ des Hakenkreuzes

In seinem Buch „Mein Kampf“ beschimpft Adolf Hitler das deutsche Volk als „charakterlos“. Er, der ein berufener „Vertreter“ des deutschen Volkes zu sein wähnt, hat am Mittwoch in seiner Münchener Rede ein Musterbeispiel hakenkreuzlerischer Charakterlosigkeit und nationalsozialistischer Massenbetrugs gegeben. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, dann wäre der große Adolf nach dieser Redeleistung in München eine pompöse Schauhausscheibe.

Was bekamen die SA-Männer, die werttätigen Nazi-Anhänger in den letzten Wochen ständig zu hören? „Die Nazis stehen in schärfster Opposition gegen Papen.“ Mit einem Satz hat in München Adolf seine Tintenkulis der Lüge überführt. „Die Partei hat sich nur neutral verhalten, solange ich mich neutral verhalten habe“, schmetterte er in das Mikrophon.

Also bisher Neutralität gegenüber dem Papen-Gang-Schleicher-Kabinett! Neutralität gegenüber allen Notverordnungen der Papen-Regierung, die Goebbels am 25. Juli in Hannover als „begrüßenswerte Maßnahmen“ bezeichnete. Neutralität gegenüber den Lausanner Tributverpflichtungen, die im „Völkischen Beobachter“ nach dem Vorbild der SPD das „kleinere Uebel“ genannt wurden.

Jetzt auf einmal sind die regierenden Männer vom Herrenklub nach der Meinung des Herrn Goebbels „breitschulzig und leicht angeblöht“. Jetzt heißt es: Kampf gegen die „herrschende Reaktion“. Hitler und Goebbels möchten am liebsten verdrängen, was sie noch vor vier Wochen angebetet haben.

Woher dieser Umschwung? Bereits das Ergebnis der Reichstagswahl hat den Naziführern klar gezeigt, daß schon die stille Tolerierung Papens die werttätigen Nazi-Anhänger topfisch machte. Ueberall mußten die Naziführer in ihren Mitglieder-versammlungen zugeben, daß sie durch die Tolerierungspolitik gegenüber Papen „in die Defensive“ gedrängt seien. Die werttätigen Nazi-Anhänger spürten die Keulenschläge der Papen-Notverordnungen genau so stark wie die Arbeiter und Werttätigen anderer Parteien. Die Tolerierung Papens durch Hitler war eine Selbstenttarnung der Nazi-Partei als Stütze des kapitalistischen Ausbeutungssystems.

Sedente das Wortgetrommel Hitlers gegen Papen, daß die Nazis jetzt grundsätzlich gegen die Papen-Diktatur stehen? Keineswegs. Nazi-Strahler unterstrich erst in einer Rede vor wenigen Tagen, daß die neuen Notverordnungen „nationalsozialistische Grundforderungen“ enthielten. Strahler konnte sich dabei mit Recht auf das Herrenklubmitglied von Papen berufen, der in einer Unterredung mit einem Redaktionsmitglied der Schwerindustrie, „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wörtlich sagte:

„Ich freue mich, daß die Reichsregierung mit dem Programm, das sie dem Herrn Reichspräsidenten vor schlägt, auch einen Teil der Wünsche und Forderungen erfüllt, die von der NSDAP erhoben werden.“

Papen und Hitler haben dieselben Ziele, dieselben Wünsche und Forderungen. Es sind die Forderungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der „Grünen Front“. Es sind die Ziele der Truttlönige und Großagrarier.

Hitlers „Gegnerhaft“ gegen Papen besteht seit dem 13. August, als Hitler es großspurig ablehnte, in die Papen-Regierung einzutreten, weil er die „Macht mit niemandem teilen“ wollte. Wir wissen nicht, ob Hitler diese Deklamationsphrasen damals ernst gemeint hat. Auf jeden Fall hat er sie sehr reich vergessen. Denn in seiner vorgestrigen Münchener Rede sagte er zu den Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum:

„Man wirt uns vor, wir wollen jetzt plötzlich mit anderen Parteien eine Koalition bilden. Darauf sagen wir: Wir wollen mit anderen Parteien die Rechte des Volkes wahren, wenn es schon nicht anders geht. Wir sprechen vor gar nichts zurück.“

Damit hat Hitler die Parole zur offenen Koalition mit dem Zentrum ausgegeben, das von der Nazipresse nach vor wenigen Wochen als „staatszerlegend“, „reichsfeindlich“ usw. genannt wurde und von dem der „Angriff“ am 4. August behauptete, „jeder nationale Niederaufstieg ist solange unmöglich, als nicht jede Brücke zum Zentrum restlos abgebrochen ist.“ Jetzt will Hitler den „Niederaufstieg“ erreichen, indem er mit dem Zentrumsfaschisten gemeinsam eine Brücke baut!

Die Koalition mit Papen hat Hitler am 13. August abgelehnt, aber mit Trümpfen will er eine Regierung bilden. Um die ganze abarundete Demagogie der Nazis zu charakterisieren, sei nur ein Satz aus einem Artikel des Naziabgeordneten Fabricius in der „Nationalpost“ vom 30. Juni zitiert. Dieser bestellte und nicht abgeholte Reichstagspräsidenten-Kandidat schrieb:

„Wir geben offen zu, daß die Persönlichkeit des Herrn von Papen uns erheblich wohlwollender berührt, als die des abgetretenen Herrn Brüning.“

„Verwechself, verwechself das Bäumchen“, heißt es in dem bekannten Kinderlied. „Verwechself, verwechself die Koalitionspartner“, so sagen die betrügerischen Naziführer. Es ist ihnen ganz egal, mit wem sie die Regierungsmacht teilen. Hauptsache ist für sie die „Eroberung“ kapitalistischer Ministerstühle.

Warum dieses frevelhafte Betrugsstück, warum dieses gemeine Schindluderstreichen mit den werttätigen Massen der eigenen Anhänger? Hitler sucht sich seine Zeitgenossen für die Koalition natürlich nicht nach eigenem Belieben aus. Er handelt im Auftrage seiner millionenteiligen Geldgeber, der Thyssen u. Co. Andererseits werden die Handlungen Hitlers bestimmt durch die ständig wachsende Furcht, daß seine werttätigen Anhänger ins Lager des proletarischen Klassenkampfes abwandern.

Solange die Notverordnungen Papens in erster Linie alle Freiheiten für die braunen Salzfleischsoldaten wiederherstellten, konnten die Naziführer erklären: „Die Notverordnungen sind ein Teil zur Befreiung Deutschlands“, wie es der Sturmabführer Schulz der Standarte 4 in Berlin aussprach. Als aber die werttätigen Anhänger der Nazis an den Notverordnungen Papens den Charakter der Diktatur der Schwerindustrie und Großagrarier erkannten, da wendete sich das Blatt. Alle Lohndrucke für Papen, hinter dem nach einer Erklärung des „Völkischen Beobachter“ das „ganze neue nationalsozialistische Deutschland“ stehe, wurden weggeblasen.

Ebenso „vergaßen“ die Naziführer den an gegenseitigen Gemeinheiten nicht armen Kampf gegen das Zentrum, um mit Hilfe dieser Koalition die langersehnten Ministerstühle zu erreichen. Wenn die betrügerischen Naziführer allerdings glauben, daß sie auf diese Weise die beginnende Zerlegung in ihren eigenen Reihen abstoppen können, dann sind sie auf dem Holzwege. Der Austritt des Naziabgeordneten Schäfer in Plauen aus der NSDAP erfolgte ausdrücklich unter Berufung auf die verbrecherische Koalitionspolitik mit dem Zentrum. Und die Zerlegungsercheinungen in der SA, die Gründung einer neuen Partei durch bekannte SA-Führer in Berlin und Sachsen zeigen, daß die Koalitionspolitik mit dem

Was tun SPD. und ADGB. gegen die Notverordnungen?

Millionen sozialdemokratischer und freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter stellen in diesen Tagen die Frage:

Was tut die Sozialdemokratie, und was tun die freien Gewerkschaften gegenüber den ungeheuerlichen neuen Notverordnungen der Regierung Papen?

Die Antwort ist sehr einfach: sie protestieren, weiter nichts! Auch ein Protest kann eine gute Sache sein, nämlich dann, wenn dahinter ein fester Wille steht, zu kämpfen, und ein Protest kann unter Umständen sogar einen unmittelbaren Erfolg haben, nämlich dann, wenn der Gegner den Kampf fürchten muß, der mit dem Protest eingeleitet wird. Aber wer möchte das von den Protesten behaupten, die SPD. und ADGB. jetzt wieder loslassen? Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter glauben doch selber nicht daran, daß diese Führer einen Kampf wollen. Zu allem Ueberflus erklären diese Führer, daß ein Kampf gar nicht möglich sei. Wie soll da erst die Reichsregierung an den Kampfeswillen der SPD. und des ADGB. glauben? Die Herren Papen-Schleicher-Schäfer, und mit ihnen die Kapitalistenklasse, machen sich über die ewige Protestiererei der SPD. und der Gewerkschaftsbürokratie nur lustig!

Diese Proteste in die Luft sollen ja auch nur den Zweck erfüllen, die Tatsache zu verschleiern, daß die SPD. und der ADGB. keinen Kampf gegen die neuen Notverordnungen führen wollen!

Die lächerliche Protestiererei ist aber nur eine Methode, mit der SPD. und Gewerkschaftsführer jetzt wieder die Massen täuschen wollen; sie bringen gleichzeitig auch noch einige andere Methoden zur Anwendung. Sie vertrauen auf den neuen Reichstag, „Reichstag, greif an!“ schrieb der „Vorwärts“ und wollte damit die Illusion erwecken, als ob die Arbeitermassen von diesem Parlament des Kapitalistenstaates eine Befreiung von den verheerenden Folgen der Notverordnung zu erhoffen hätten. Eine dritte Methode des Arbeiterbetrugs besteht darin, daß die SPD. und ADGB.-Führer die Massen von den Kampfesfragen, die heute vor ihnen stehen, durch ihre sogenannten „Sozialisierungsanträge“ ablenken und mit dem Geschwätz über staatssozialistische Zukunftsmöglichkeiten abhalten möchten, für das Brot von heute und morgen zu kämpfen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die SPD.-Arbeiterkraft auf diesen neuen „Sozialisierungs“-Schwindel nicht mehr hereinfällt; wir können eine Szene aus der Mitgliederversammlung der 116. Abteilung der Berliner SPD. (Lichtenberg, am 24. 8. 32) mitteilen, die auspricht, was Millionen denken:

Diskussionsredner Käßbom: „Ich habe ganz vermisst, was die Partei eigentlich zu tun gedenkt.“

Angestellte! Papen-Regierung plant Aufhebung des Kündigungsschutzes! Neuer Gehaltsabbau geplant!

Etwa 14 Tage vor der Wahl ging durch die bürgerliche Presse die Nachricht, daß seitens der Unternehmerverbände dem Reichsarbeitsministerium Vorschläge über Veränderungen (lies Beseitigung) des Kündigungsschutzgesetzes eingereicht worden sind. Das Reichsarbeitsministerium „prüft“ inzwischen.

Mit diesem Angriff, der sich insbesondere gegen die älteren Angestellten richtet, wird jedem Angestellten klar vor Augen geführt, daß er immer weiter in die Rolle eines Stundenlöhners herabgedrückt wird. Zweifellos wird dieser Plan seine Verwirklichung finden, wenn nicht die Angestellten einsehen, daß es gilt alle Kräfte zusammenzureißen und gemeinsam mit den Arbeitern die schärfste Abwehrbewegung zu organisieren gegen die von der Bourgeoisie vorbereitete Offensive auf die Lebenshaltung der Werttätigen.

Die Papen-Regierung sucht sich ihre Massenbasis zu erhalten, wie das aus den Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum einerseits, Schleicher, Zumbusch, dem Führer der christlichen Gewerkschaften, und Leipart vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund andererseits hervorgeht. Diese Tatsache beleuchtet bereits die Situation.

Die neue Notverordnung sieht auch die erneute Senkung der Angestelltengehälter vor. Auch hier können die Arbeitgeber die

Keterent Dr. Eberlein: „Ich habe ja gesagt, Anträge zur Sozialisierung im Reichstag einbringen!“

Allgemeine Zwischenrufe: „Das ist doch wohl nur ein Witz! 14 Jahre habt ihr gebraucht, um zu entdecken, daß wir Sozialisten sind, und die Sozialisierung fordern. Warum habt ihr das nicht getan, als ihr die Macht hattet?“ (Allgemeine, große Unruhe.)

Mit richtigem Instinkt durchschauen jetzt auch schon große Teile der SPD.-Arbeiterkraft, daß sie auch heute wieder betrogen und verraten werden sollen, wo es doch darauf ankäme, daß die Arbeiterkraft mit höchster Energie dem neuen Generalangriff des Unternehmertums entgegentritt.

Wie es die SPD. und ADGB.-Führer anstellen wollen, um jetzt wieder die Massen von dem Kampf abzuhalten, dafür liegen schon genug Beispiele und Hinweise vor. Da schreibt z. B. die Chemnitzer „Volkstimme“ (7. 9. 32) zu der Lohnabbau-Verordnung Papens:

„Lohnabbau durch Muthang — Schluß! Wer sich dagegen auflehnt, wird tarifbrüchig, eine Belegschaft, die gegen den notverordneten Lohnabbau in den Streik treten würde, würde auf den Bestand ihrer Gewerkschaft nicht rechnen können, weil der Verband bei der ersten Unterstützungszahlung wegen Verletzung der Friedenspflicht verklagt werden könnte.“

Die Gewerkschaftsbürokratie will also jede Streikunterstützung verweigern, weil sie eventuell eine Klage zu gewärtigen hätte! Also die Arbeiter wieder im Stich lassen, wenn sie sich gegen das Verhungern wehren wollen! Die Belegschaften machen sich „tarifbrüchig“, wenn sie gegen den unter Aufhebung des Tarifs notverordneten Lohnabbau aufbäumen? — Ist das nicht eine wunderbare Logik? Da bleibt also den Arbeitern nur das eine übrig: schuften, hungern und verreden! Das Ganze ist doch so ungeheuerlich, daß sich alle sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter dagegen aufbäumen müssen!

Die Führer der SPD. und der freien Gewerkschaften wollen keinen Kampf gegen den Lohnabbau, sondern sie wollen im Gegenteil jeden Kampf der Arbeitermassen dagegen verhindern! Daraus muß die Arbeiterkraft ihre Konsequenzen ziehen:

- In allen Betrieben stellt die rote Einheitsfront her!
- Bildet eure Einheitsausschüsse für den Kampf!
- Stellt eure Kampforderungen auf!
- Keinen Pfennig Lohnabbau!
- Nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhungen fordert die Lage der Arbeiterklasse!
- Macht alle Betriebe fertig für den Kampf!

Zentrum die Rebellion im Lager der werttätigen Nazi-Anhänger gewaltig reizt.

Alle Koalitionsversuche der Nazis sind verzeufelte Anstrengungen der faschistischen Stützen der Kapitalisdiktatur, die Partei intakt zu halten. Die Kapitalisten wollen diesen Dolk, der sie ständig gegen die Arbeiterklasse geizt haben, nicht schartig werden lassen. Aber schon ist es soweit, daß Hitler in seiner Münchener Rede selbst den Bankrott seiner eigenen Politik eingestehen mußte.

Er nannte in dieser Rede Hindenburg seinen „großen Gegenspieler“ und betonte, daß er (Hitler) in diesem Kampf siegen werden, weil er jünger als Hindenburg sei. Die Hoffnung auf den Tod eines Greises — das ist die letzte Hoffnung der Nazi-Partei.

Wie kläglich und erbärmlich muß dieser betrügerische Hakenkreuzführer seine eigene Politik einschätzen, wenn er nicht an den Sieg seiner Politik mehr glaubt, sondern seine ganze Hoffnung auf das rechtzeitige „Eingreifen der Vorsehung“ setzt. Papen und Hitler, beide berufen sich ja auf diese „Vorsehung“. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ behauptet aber gestern dem Hitler, daß seine Berufung auf die Vorsehung „mißverstanden“ sei, daß also Herr von Papen nach wie vor der „von der Vorsehung berufene“ Kanzler der deutschen Schwerindustrie und Großagrarie ist.

Wird dadurch Hitlers Bedeutung für die herrschende Ausbeuterklasse verringert? Nicht im geringsten. Die Durchführung des Papen-Programms ist nur möglich, wenn gleichzeitig, vor allem in den Betrieben, die Arbeiter durch faschistischen Terror niedergehalten werden. Nicht umsonst hat Goebbels auf der letzten Amtswahltagung in Berlin den Streikbruch bei Streiks gegen Notverordnungen als die vornehmste Aufgabe aller Nationalsozialisten gepriesen. Die Nazis könnten ihre verbrecherische Streikbrecherrolle im Betrieb aber keinen Tag spielen, wenn sie vor den Arbeitern mit dem offenen Bündnis mit Papen belastet wären.

Unerheblich für die weitere Entwicklung ist es, ob die Koalitionsuche zwischen Nazis und Zentrum zur Tatsache wird oder nicht. Jede Regierung, mag sie ausbleiben wie sie will, muß und wird das Papen-Programm an ihre Fahnen heften. Hitlers Koalitionsgeheuer, das die Massen über den

kleinen Gehälter bis zu 20 Prozent kürzen. Welcher Arbeitgeber wird von diesem „Recht“ nicht Gebrauch machen? Keiner! Der Gehaltstarif für die Breslauer Angestellten ist von den Arbeitgebern bereits zum 30. September gekündigt worden.

Weil aber die Kapitalisten, um ihren Profit zu erhalten, den Massen das letzte Blut auslaugen müssen, deshalb braucht man die Führer der Gewerkschaften, damit statt zum Kampf um die Verteidigung der Interessen der Mitglieder, zur „Ruhe und Besonnenheit“ aufgerufen wird.

Angestellte, die Situation ist ernst. Erkennt, daß der Kampf um die Verteidigung eurer Rechte ohne euch ernsthaft nicht geführt werden kann.

Schart euch um die Angestelltenkommission der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Organisiert mit uns gemeinsam den Kampf! Stärkt unsere Kader! Der letzte Kollege, die letzte Kollegin muß sich gegen einen neuen Gehaltsraub zur Wehr setzen. Die schlesischen Metallarbeiter befinden sich bereits im Streik; die Textilarbeiter und ebenso alle anderen Arbeiterkategorien rufen zum Streikkampf. Und auch die kleinen Angestellten mit ihren Hungergehältern müssen sich in die kämpfende Einheitsfront mit der Arbeiterkraft einreihen.

wirklichen Charakter der Vorgänge täuschen soll, wird im Gegenteil dazu beitragen, den Massen die Augen über das verbrecherische Spiel der Nazibetrüger zu öffnen.

In den kommenden Kämpfen der Betriebsarbeiter werden — das kann man, ohne Prophezei zu sein, voraussagen — Arbeiter, die heute noch das Hakenkreuz oder die drei Pfeile tragen, gemeinsam im Zeichen der Antifaschistischen Aktion dem Lohnraubselbstzug der Unternehmer entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Dann wird sich zeigen, daß die werttätigen Nazi-Anhänger nicht willenlose Hakenkreuzführer sind, sondern aktive Kämpfer gegen den Kapitalismus und seine Stützen und für den Sozialismus.

Junker beherbergt Mörder des Gen. Sauff

Königsberg, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Das kommunistische „Echo des Ostens“ konnte in den letzten Tagen enthüllen, daß die Mörder des Genossen Sauff nach der Tat auf dem Gute des Junkers von Terbandt, Schloß Langendorf bei Lappiau, versteckt worden sind. Jetzt mußte der Junker von Terbandt verhaftet werden.

Eine halbe Million englische Textilproleten im Streik

Berlin, 9. September. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus England gemeldet wird, hat die Abstimmung der Lancashire Baumwollspinner 31 000 Stimmen für den Streik und nur 1500 dagegen ergeben. Wenn jetzt noch die Spinnerarbeiten in den Streik treten, so wird sich die Zahl der Streikenden in Lancashire auf eine halbe Million erhöhen.

Breslauer Gemeindearbeiter, macht die Kommunalbetriebe zu antifaschistischen Hochburgen!

Der Verkehrsrückgang bei der Straßenbahn als Druckmittel gegen die Arbeiterchaft — Macht die Betriebe streikfertig!

Entsprechend der zunehmenden Verschlechterung der Wirtschaftslage ist der Verkehr im Rechnungsjahr 1931 weiter zurückgegangen. Die Ursache hierfür ist die Arbeitslosigkeit, unter der Breslau von allen Großstädten Deutschlands am meisten zu leiden hat.

So heißt es im Verwaltungsbericht der Städtischen Straßenbahn Breslau für das Rechnungsjahr 1931. Birta 200 000 Mark weniger Einnahmen im Monat sind bei der Straßenbahn zu verzeichnen. In den Massen der einzelnen Abteilungen der Straßenbahn sieht es ebenso mau aus, wie in den Straßenbahnwagen Breslaus zu bestimmten Tageszeiten. Die Massen warten vergebens auf die Einnahmen, da das Straßenbahnfahren für die Betriebsarbeiter heute bereits genau so wie für die Erwerbslosen, bei den bestehenden Fahrpreisen, ein Luxus geworden ist. Hierzu kommt, daß in den noch besetzten Verkehrszugeln die Wagen in der Halle stehen gelassen werden und den Fahrplänen zugemutet wird, sich in den wenig fahrenden Wagen für teures Geld zusammenzubriden. Auch diese „Sparmaßnahme“ trägt zweifellos dazu bei, einen großen Teil des fahron-gewillten Publikums zum Laufen zu veranlassen.

Über was führt das alles die „hohen“ Geister und die „großen“ Wirtschaftspolitiker ala Przißilla, Butt und Lübbe. Sie sind ja Vertreter des Kapitalismus und wollen deshalb nicht den Weg gehen, den ihnen die Arbeiterchaft durch den Mund der kommunikativen Stadtwortrednerkation vorgeschlagen hat: nämlich die Verbilligung der Fahrpreise im allgemeinen und für die Erwerbslosen im besonderen. Przißilla, Butt und Lübbe gehen den Weg der Ausbeutung und Unterdrückung der Straßenbahner und den Weg, der zur Überbeurteilung des noch fahrenden Publikums führt. Diese Leute gehen gemeinsam mit den Unternehmern und haben mit ihren Maßnahmen stets dazu beigetragen, die Entwicklung des Betriebes zu hemmen und die im Betrieb beschäftigten Arbeiter weiter der Verelendung preiszugeben. So versuchen sie auch jetzt wieder auf Kosten der Arbeiterchaft aus dieser Krise herauszukommen.

Ungeheure Verschlechterungen drohen den Gemeindearbeitern

Dann werden die Löhne gedrückt, die Tarife verschlechtert, jegliche sozialen Vergünstigungen verschlechtert und abgebaut. Da peitscht man die Vorgesetzten auf, jeden Arbeiter und Angestellten zu melden, der ein „Verbrechen“ begangen hat, um ihn durch Lohnabzug oder durch Hinauswurf zu bestrafen. Auf alle diese schändlichen Weisen versucht man, die Einnahmen zu regulieren und auszubalancieren. Aber trotz all dieser Maßnahmen gelangt es den Herren nicht, die Straßenbahn wieder rentabel zu machen. Das geht ja auch aus dem Sachbericht, den wir aus dem Verwaltungsbericht an der Spitze zitiert haben. Die objektiven Verhältnisse sind härter als die Nazi-Genetrums-Koalition, Lübbe — Przißilla. Diese Herren sehen das aber auch und deshalb verstärkt sich ihr Klassenhaß gegen die Arbeiter-

Gemeindearbeiter, Straßenbahner!

Lebt und verbreitet den „Kampfbund“!

Das Organ der AGD, Industrie-Gruppe, Gemeinde und Verkehr. Der „Kampfbund“ erscheint alle 14 Tage zum Preise von 10 Pfennigen.

und Angestelltenchaft. Zur Zeit sind sie ja wieder etwas beruhigt, denn ihr Freund und Wegbereiter, der Herr von P a p e n, hat ihnen durch seine neue Notverordnung neue Mittel in die Hand gegeben, die Hungerpeitsche über die Straßenbahner zu schwingen!

Die Werktätigen sollen nur zahlen

In der Öffentlichkeit da reden die Herren „vom Tragen der Lasten durch die Allgemeinheit“, so wie es täglich ihnen die „Schließliche Zeitung“ vorerzählt, doch das Bezeichnende oder dabei ist, daß sie sich nicht zur Allg e m e i n h e i t rechnen; deshalb lassen sie sich ungeachtet der ungeheuren Lohnfälligkeiten und der großen Not der Straßenbahner weiter ihre hohen Gehälter auszahlen. Fahren viele Wochen auf Urlaub, zum Teil mit und ohne Freundinnen, — eben je nach dem Geschmack des einzelnen, fahren auf Kosten der Städtischen Straßenbahn ihre selbstverwundlichen „Diensttoure“ mit den Autos und finden dabei, daß sie die einzigen unentbehrlichen Geister der Straßenbahn sind.

Über nicht nur die obersten Stufen der Verwaltung gehen so aus. Schon oftmals trugen sich die Straßenbahner, zu was eigentlich noch der Oberstadtbaurmeister Friedt mit seinem Büro bei der Straßenbahn existiert. Die Straßenbahner sind der Auffassung, daß dieses Büro in der Praxis nur dazu existiert, um sein Gehalt zu beziehen, um die Willen ausbessern zu lassen und um die Staatsmittel zu verbrauchen, wenn es den Herren Butt und Lübbe in ihren Baugelüsten beliebt. Wenn es aber darum geht, Leute einzustellen, oder für die Arbeiterchaft etwas zu tun, wie z. B. die Warmwasseranlagen, die Beheizung der Hallen, oder die Verlängerung der Bedeckung während der Arbeitszeit zu berücksichtigen, dann hat es eben keine Mittel mehr im Etat.

Den Arbeitern und ihren Vertretern heuchelt er dann allerdings immer nur „Entgegenkommen“ vor, um ihnen dann zynisch sagen zu können: „An mir liegt es nicht, sondern an denen da oben“ und zieht dann mit dem Daumen in der bewährten Richtung. Die Arbeiterchaft bei der Breslauer Straßenbahn sagt: „Weg mit diesem Büro der Faschisten und seinem SPD-Vorleiter, Herrn Friedt! Weg mit den hohen Gehältern der oberen Beamten und mit den Autofahrern dieser Herren“.

Das Hekttempo wird gesteigert, die Unfallgefahr vergrößert

Ein etwas leistungsfähiger Herr von der Verwaltung ist der Stadtbaurmeister U b e r. Um sich und seinen Stad über noch bewegtere, finanziell schlechtere Zeiten hinwegzubringen, versucht er ebenfalls auf Kosten der Arbeiterchaft den Etat zu regulieren. Über macht das mit der größten Arbeiterfreundlichkeit und spielt dabei einen Teil der Arbeiter gegen den anderen aus. Bis dato wurden an den Baustellen Hilfskassierer als Posten aufgestellt, was jetzt nach Angabe des Herrn U b e r den Etat zu sehr belastet, deshalb stellt er jetzt Gleisarbeiter als Posten hin und erzielt dabei mehrfache Ergebnisse:

1. verringert sich dadurch die Arbeitsmöglichkeit der Hilfskassierer, wodurch sich aber die Lage der Hilfskassierer noch weiter verschlechtert;

2. schwächt über dadurch die Gleisbaukolonnen, so daß die kleiner gewordenen Kolonnen weit mehr leisten müssen als bisher, um bis zum festgesetzten Termin das fertigzustellen, was vorgegeben war;

3. steigert er durch das verschärfte Hekttempo bei der Arbeit die Unfallgefahr.

Also, alles Ergebnisse auf Kosten der Arbeiterchaft, welche neben den ungeheuren allgemeinen Verschlechterungen in der Lohn- und Arbeitszeit noch dazu kommen.

Diese Beispiele der faschistischen Maßnahmen des Verwaltungsapparates müssen den Straßenbahner zu erkennen geben, daß es aus dieser Krise nur einen Ausweg gibt, das ist der revolutionäre Ausweg, den täglich die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und die kommunistische Partei aufzeigt. Der revolutionäre Ausweg führt nur über den Kampf gegen alle diese Maßnahmen. Die Straßenbahnerverwaltung führt ihre brutalen Maßnahmen gegen die gesamten Straßenbahner durch. Die Antwort muß darauf lauten: gemeinsamer Kampf aller Straßenbahner gegen alle Maßnahmen der Verwaltung. Die sozialen Verschlechterungen, so wie der Lohnabbau, trifft uns Straßen-

Gemeindearbeiter und Straßenbahner!

Schafft die kämpfende Einheitsfront zur Organisierung des Widerstandes

Gegen Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede tarifliche Verschlechterung!

(Straßenbahnerbetriebskorrespondenz.) Die Verordnung des Reichspräsidenten „zur Behebung der Wirtschaft“ ist in Kraft getreten. Diese Verordnung, die die Reichen reicher und die Armen noch ärmer macht, die die Vermögen der Armen zugrunde richtet, gibt den Kapitalisten Millionen, welche aus der wertvollen Bevölkerung herausgepreßt werden sollen. Auch den Gemeindearbeitern drohen gewaltige Lohnabbau- und betriebliche Verschlechterungen. Das Tarifrecht soll aufgehoben werden, oder zumindest gelockert werden. Ist dieses „Recht“ nicht bereits gelockert worden, und zwar mit Hilfe der AGD-Bürokratie!

Sehen ist der Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter und Straßenbahner

mit dem Reichsarbeiterverband deutscher Gemeinden und Kommunalverbände und den Abbaubürokraten der „freien“ (Gesamtverband) und „christlichen“ Gewerkschaften abgeschlossen. „Schwere Kämpfe“ sollen hinter verschlossenen Türen stattgefunden haben, und doch ist dieser Abschluß nach Meinung dieser Bürokratie ein „Erfolg“. Bei Auswirkung dieses Vertrages werden die Gemeindearbeiter und Straßenbahner erst die „Erfolge“ kennen lernen. In keiner Mitgliederversammlung wurde bisher dazu Stellung genommen, sehr wenig wurde davon veröffentlicht, erst jetzt, nachdem dieser Tarifvertrag im Druck vorliegt, findet man gewaltige Verschlechterungen und dies alles mit Zustimmung der Gewerkschaften. Wir können hier nur einen Teil davon wiedergeben.

Von vornherein gilt dieser Tarifvertrag nicht für Wohlfahrts- und Fürsorgearbeiter. Man betrachtet also diese Kollegen als Menschen zweiter Klasse. Die Fürsorgearbeiter werden auch hierfür den Kampf organisieren müssen. Die Löhne werden unter Berücksichtigung des Wertes der sozialen Einrichtungen dieses Vertrages geregelt.

Was sind das für Löhne, welche innerhalb eines Jahres um 20 bis 30 Pfennig die Stunde gekürzt worden sind. — Hungerlöhne! Zweitens, was haben die sozialen Einrichtungen dieses Vertrages noch für einen Wert? Acht Prozent rechnet der Breslauer Magistrat den Gemeindearbeitern hierfür an, nicht die Hälfte sind dieselben wert. „Schutzkleider sollen weiter unentgeltlich geliefert werden.“ Welch ein Lohn für jeden Arbeiter, der weiß, daß ihm immer mehr diese Kleidung entzogen wird, ja, daß sogar Bezahlung in verschiedenen Betrieben dafür genommen wird, wie zum Beispiel bei der Straßenbahn und im Marstall.

Für dienstplanmäßige Nachtarbeit wird statt wie früher mit 33 Prozent nur noch 25 Prozent gewährt.

Das ist ein Verlust von 6 Pfennig die Stunde. Jedes Ueber-

Rationalisierungs- und Untreibernethoden bei der Abteilung Gleisbau

Die geplante Notverordnung des Herrn Brückner

(Straßenbahnerbetriebskorrespondenz.) Wer von den Kollegen glaubte, daß die Rationalisierung beim Gleisbau beendet ist, den werden wohl die Wochen und Monate der jetzigen Bauperiode eines anderen belehren haben. Nicht nur daß keine Saisonarbeiter eingestellt werden, sondern auch die natürlichen Abgänge durch Tod oder Ruhestand usw. werden nicht mehr ergänzt. Außerdem sind noch fast jeden Tag zwei Mann durch den Brünings-Feiertag bei allen Kolonnen. Dies führt natürlich dahin, daß die Kolonnen für eine größere Baustelle zu schwach sind. So kommt es, daß eine oder zwei Kolonnen immer geprengt werden. Da müssen ein paar Mann dahin und ein paar dorthin und der Rest von der Kolonne möchte, wenn es nach den Herren ginge, auch noch soviel machen, als wenn die ganze Kolonne da wäre. Wie wäre es denn, wenn die Verwaltung ein paar von den Schnitzknechten in der Kolonne arbeiten lassen würde, das würde denen gar nichts schaden und genug sind auch gerade da von der Sorte. Der eine ist noch nicht ganz von der Baustelle runter, da ist der andere schon wieder da. Beschämend ist es doch von den Meistern und auch von einigen Vorarbeitern, daß sie in der heutigen Zeit, wo die Arbeiter ihrem Körper nicht mehr das zuführen können, was unbedingt notwendig ist, noch besonders antreiben und Inzucheln.

Als ein solcher Antreiber entpuppt sich man auch Herr Brückner.

bahner alle gleichmäßig, deshalb: gemeinsamer Kampf gegen jede Verschlechterung. Straßenbahner Breslaus, zeigt den anderen Gemeindearbeitern, daß ihr euch nicht länger als Ausbeutungsobjekte zur Sanierung der pleiten städtischen Betriebe benutzen läßt! Zeigt, daß ihr gewillt seid, mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln des Streiks, die Unterdrückungsmaßnahmen der Verwaltung zu beantworten.

Praktische Solidarität der Kollegen des Bahnhofs V

Die Kollegen der technischen Abteilung des Bahnhofs V sammelten für ihren von den braunen Marschschritten am Wahltag schwerverwundeten Kollegen Josef Kräfer 62,05 Mark bis vorigen Freitag. Auch beim Gleisbau wurden 20 Mark bisher gesammelt. Die Sammlung geht weiter.

Schreiten bis 10 Minuten wird nicht bezahlt. Gemeindearbeiter merkt euch das!

Muß an Wochenfeiertagen gearbeitet werden, so gibt es nur noch 80 Prozent Zuschlag, statt früher 100 Prozent, auch hier ein Verlust von 16 Pfennig die Stunde. Der Urlaub ist wohl in Städten mit über 100 000 Einwohnern derselbe geblieben, aber in Städten unter 100 000 Einwohnern hat man denselben um ein bis drei Tage gekürzt. Gemeindearbeiter in der Provinz wollt ihr das? Arbeiter über 45 Jahre erhielten bis drei Tage länger Urlaub, jetzt erst, wenn sie zehn Dienstjahre hinter sich haben.

Das Tollste leistete man sich in der Urlaubsfrage

Der Erwerb des Urlaubs ist an verschiedene Bedingungen gebunden, unter anderem heißt es:

„Die dienstlichen Verhältnisse müssen die Bewirkung der Urlaubsansprüche gestatten. Die Entscheidung liegt beim Arbeitsgeber. Die Frage, ob und wie weit in solchen besonderen Ausnahmefällen ein Härteausgleich stattfinden soll, ist keine tarifliche Frage, sondern eine Frage der Billigkeit.“ Das ist der Gipfel der Gemeinheit. Hier kann der Arbeitgeber den Urlaub dauernd hinauschieben, bis auf den Sankt Nimmerleinstag, bis das Urlaubsjahr zu Ende ist. Und das alles mit Zustimmung der Gewerkschaftsbürokratie, die ja genügend und gutbezahlten Urlaub hat.

In der Krankenlohnzahlung ist man von 90 Prozent auf 70 Prozent und bei Unfall von 100 Prozent auf 80 Prozent zurückgegangen. Ein Kranker, der zur Wiederherstellung seines Gesundheitszustandes gerade mehr braucht, den nimmt man noch etwas weg. Es gibt ja genug Arbeitskräfte, deswegen kann er ja bereden.

Gemeindearbeiter, Straßenbahner Breslaus!

Das sind nur einige Blüten aus dem Busch der Verschlechterungen dieses Vertrages, welche noch schlimmer werden durch die Bezirksvereinbarungen, wo man jetzt wieder hinter verschlossenen Türen luhhandelt.

Gemeindearbeiter, es wird nun endlich an der Zeit, daß ihr euch gegen all diese Maßnahmen der Kapitalisten und ihrer Lakaien zur Wehr setzt. Stellt die wirklich kämpfende Einheitsfront in den Betrieben her, zum Kampf gegen jede Verschlechterung eurer Lebensbedingungen! Schafft durch die Wahl von einheitlichen Kampfausschüssen in allen Betrieben schon jetzt die Sicherungen für die Auslösung und die Führung des siegreichen Kampfes! Fordert sofort die Einberufung von Delegierten- und Gewerkschaftsversammlungen! Lehnt diesen schändlichen Tarifvertrag ab! Schafft das Bündnis der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen! Besucht in dieser und nächster Woche die Versammlungen der AGD, die mit euch gemeinsam den Kampf organisieren und aufnehmen will. Jetzt gilt es die antifaschistische Aktion in den Betrieben auszulösen, zur Verhinderung der schändlichen Pläne der Kapitalisten!

Rationalisierungs- und Untreibernethoden bei der Abteilung Gleisbau

Die geplante Notverordnung des Herrn Brückner

Jetzt ist er Gleismeister (!) — früher war er ja auch nur Arbeiter. Dieser „Herr“ sieht sich als kleiner Präsident in seinem Bereich und möchte am liebsten eine Vorchrift (lies Notverordnung) herausgeben, die ungefähr so aussieht: 6 Uhr alles am Werkzeuge sein. Sofort alles an die Arbeit. Ohne Unterbrechung und ohne zu verschlafen gearbeitet bis das Kommando „Frühstücken“ kommt. Ausstreten gibt es nicht. Wer sich von der Arbeitsstelle entfernt, eine halbe Stunde Abzug Kaffee oder Wasser trinken während der Arbeitszeit ist verboten usw.

Das wäre so die Vorchrift, wie sie sich Herr Brückner denkt. Außerdem darf ihm natürlich keiner widersprechen, wenn er seine Untreibernethoden den Kollegen beibringen will. Dieser „Herr“ hat erst dieser Tage wieder verlangt, daß bei achtstündiger Arbeitszeit beim Stoppen der Schwellen keine Pause gemacht werden darf. Wir sind der Meinung, wenn Herr Brückner so gearbeitet hätte, wie es heute von uns verlangt wird, wäre er schon längst nicht mehr unter den Lebenden und längst vergessen.

Kollegen, diese Zustände und die noch kommenden Betriebsverschlechterungen und der geplante, von den Führern des Gesamtverbandes und den Kapitalisten vorbereitete Lohnabbau, müssen uns alle zusammenführen, um gemeinsam diese Angriffe abzuwehren. Besucht deshalb die Versammlungen der Gewerkschaftsopposition, holt euch das notwendige Rüstzeug, damit wir endlich siegreich über dieses Ausbeuterregiment zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung kommen. Solange der Kapitalismus herrscht, gibt es für uns nur Ausbeutung und Hunger, erst im freien sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat werden wir Brot und Freiheit, für uns und unsere Angehörigen haben.

Herans zur öffentlichen Betriebsversammlung der Straßenbahner!

am Sonnabend, den 10. September, 19 Uhr, im „Zentralbauaal“, Westendstraße. Tagesordnung: „Was bringt der neue Reichsmanteltarif?“ — „Wie wehren wir den neuen Lohnabbau ab?“ Kollegen der Straßenbahn, erscheint zahlreich in dieser Versammlung!

Schlagende Faschisten werden freigesprochen

Fünfzehn antifaschistische Arbeiter zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt — Der nationalsozialistische Staatsanwalt Patjchowski beantragte furchtbare Zuchthausstrafen — Kukielczynski, der Hüter für „Ruhe, Ordnung und Sicherheit“

Breslau. Der zweite Verhandlungstag des Reichsbanner-Prozesses begann mit der Vernehmung einiger Zeugen, die klar und sicher den Tatbestand so wiedergeben, wie er sich wirklich abgespielt hat und wie ihm auch die Angeklagten geschildert hatten.

bar, mit nachstehenden ungeheuerlichen Strafanträgen gegen die angeklagten Reichsbannerleute.

Die Verteidiger haben das Wort

Nach den ungeheuerlichen Strafanträgen des offensichtlich nationalsozialistisch eingestellten Staatsanwalts Patjchowski, begannen die Rechtsanwälte mit ihren Verteidigungsreden.

Dann ging B. auf das Zeugnis des Polizeipräsidenten Thah ein, der dem N. seine Zuverlässigkeit, seine Liebe zur „Ruhe und Ordnung“ bestätigte.

Der Vertreter der Anklage hatte in seiner Rede betont, daß die Angeklagten besonders scharf bestraft werden müßten, da sie dreißig Leugnen und ihre Aussagen stereotyp und Sprechchor ähnlich seien.

Dann wies der Verteidiger darauf hin, daß dies der erste Landfriedensbruchprozeß ist, an welchem keine Polizeibeamten als Zeugen auftreten und warum nicht, weil das Auftreten von Polizeibeamten kein Erfolg, sondern vielmehr nur ein Mißerfolg für die Anklage sein könnte.

Auch Rechtsanwalt Dr. Braun wies in erster Linie auf die Stereotypen und Sprechchorähnlichen Aussagen der Nazizeugen hin. Dann legte er dem Gericht den Wert der positiven und der negativen Aussagen aus der Praxis dar und beschäftigte sich dann längere Zeit mit dem Angeklagten K., dessen Recht es zweifellos gewesen sei, die ankommenden Reichsbannerleute zu winkeln und „nach Hierher“ zu rufen.

Als letzter Verteidiger sprach der Nazirechtsanwalt Rebeck; natürlich sollen seine Mandanten nur in „Notwehr“ gehandelt haben, und plädierte auch auf Freispruch.

Auf der Straße Polizeiaktionen gegen Demonstranten

Als das Gericht die Sitzung um 1/26 Uhr bis 1/28 Uhr vertagte, um in die Beratung einzutreten, standen hunderte Menschen auf der Straße, die mit hümmigen Ovationen die auf die Straße tretenden Angeklagten begrüßten.

Die Urteilsverkündung, die um 1/28 Uhr beginnen sollte, erhielt eine wesentliche Verzögerung. Inzwischen demonstrierten die Massen auf der Straße und brachten ihre Stellungnahme gegen die ungeheuerlichen Zuchthausstrafen dieses Sondergerichts zum Ausdruck.

um Hüber und seinen Kreis auf der Zeugenbank ein reger Zettelverkehr

bestand. Jedenfalls hielt Herr Hüber auf gute Organisation. Als nächster Entlastungszeuge für den Angeklagten wurde nun Polizeipräsident Thah vernommen. Er bezeichnete K. als einen Menschen, der in seiner Zusammenarbeit mit der Polizei Ausschreitungen verhindert habe, der stets half für „Ruhe und Ordnung“ sorgen.

errieten. Wir fragen heute noch einmal die Reichsbannerleute, was sagt ihr dazu, daß euer Sekretär euch verhindert, die Provokationen der Nazis auf proletarische Art abzuwehren.

Die ungeheuerlichen Zuchthausanträge der Staatsanwaltschaft

Der Staatsanwalt Patjchowski zog in seiner Anklagebeilage nur die Produkte der Zeugenfabrik Dr. Hüber und Brühl heran, bezeichnete ihre Aussagen als bedeutungslos, alle anderen Aussagen erschienen ihm unwesentlicher Natur.

Fünf Leser für die „Arbeiter-Zeitung“

warb der rote Betriebsrat Genosse Guhr im Betrieb. Der Kollege G. verkaufte 100 Broschüren pro Stück 10 Pfennig und warb ebenfalls zwei Leser für die „Arbeiter-Zeitung“ und machte zwei Aufnahmen für die kommunistische Partei.

Kollege Betriebsarbeiter, Straßenbahner und Marktarbeiter, wann wirst du Leser der „Arbeiter-Zeitung“? Werfe noch heute die bürgerlichen Lügenblätter aus dem Haus und bestelle das Kampforgan der Werktätigen, die „Arbeiter-Zeitung“!

schloß, die auf innige Vertrautheit mit der NSDAP schließen ließ. Er hat selbst den Nazireferendar Hüber freudetrübend mit einem Händedruck begrüßt und sich von ihm und einer Gruppe Nazifreunden herzlich betrunken unterhalten und verabschiedet.

Prager ruft-



um alle Breslauer vor ein Rätsel zu stellen: Das Rätsel seiner unbegreiflichen Billigkeit. Nicht Lockpreise, aber echte, wahre Prager-Leistung!

L. Prager BRESLAU ALBRECHTSTRASSE 51 seit 73 Jahren

Um 1/10 Uhr, begann nach vierstündiger Beratung die Urteilsverkündung. Das ungeheuerlichste trat nun ein. Vier Reichsbannerproleten, denen man wirklich keine Schuld beimessen konnte, wurden zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen.

Nachdem die übrigen Angeklagten das Gerichtsgebäude verlassen, auf der Straße von der vielen hundertköpfigen Menge, die oftmals von der Polizei auseinandergeknüpelt worden war, hümmig begrüßt worden war, fand dieser Massenprozeß sein Ende.

NSD. Süd. Heute, Freitag, wichtige Mitgliederversammlung im Arbeiterheim, Holleistraße 26. Aufstellung der Mannschaften für die am 11. September beginnende Serie.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplowski in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Cilliam, Breslau. — Verlag u. Druck: Schleischa Verlags- und Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Breslau, Trabrenner Straße 50.

PROLETON Tonfilmbühne Gabitzstraße 20 Höfchenstraße 49. Das Werbeprogramm! Ab Freitag, den 9. bis Donnerstag, den 15. September 1932. Die verbotene Cousine aus Warschau mit Liane Haid, Fritz Schulz, Szöke Szakall...

Otto Stiebler Breslau, Zwingerplatz 5 und 30 Filialen. Täglich billige Lebensmittel. Stücken-Makkaroni Pfd. 0.35, Eier-Makkaroni Pfd. 0.44, Hartgrieß-Schnittnud. Pfd. 0.35...

Große Leistungen unserer Lebensmittel-Abteilung. Kaffee-Kokostoff Pfd. 0.35, Limburger ohne Rinde Pfd. 0.55, Harzer Käse 3-Pfd.-Kiste 0.75...

Weine billiger! Wermutwein Liter 70 Pf., Riesengebirgs-Kräuterwein Liter 70 Pf., Riesengebirgs-Gewürzwein Liter 80 Pf.

Partei-genossen! Beachtet bei allen Einkäufen immer nur unsere Inserenten!

TIEFZ Glogau

Einheitskonferenz für das Waldenburger Gebiet

Am Sonntag, dem 11. September, in Weißstein im Gasthaus „Finsterbrunn“. Jeder Betrieb und Schacht, jede Abteilung und Stempelstelle muß vertreten sein. Wählt noch überall in letzter Stunde Delegierte! — Schafft die rote Einheit zur Antifaschistischen Aktion der Tat!

Kumpel vom Waldenburger Revier, wählt Delegierte zur Einheitskonferenz!

Trotz erhöhter Feierschichten — Krümperystem!

Die Revierkonferenz der am Tarifvertrag für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau beteiligten Gewerkschaften hat am Sonntag mit 138 gegen 10 Stimmen beschlossen, die Zusatzvereinbarung zum Tarifvertrag, die das Krümperystem betrifft, nicht zu kündigen.

Das Krümperystem nahm im Oktober 1931 seinen Anfang. Seit dieser Zeit liegt immer ein Sechstel der Vieh- und Pflanzenerträge abweichend je 4 Wochen auf der Straße, um das Heer der erwerbslosen, hungernden Massen zu vermehren.

Auf der Funktionärskonferenz des B.V. am 13. September 1931 machte der reformistische Gewerkschaftsbosse Hoffmann den Kollegen das Krümperystem mit folgenden Worten schmachtend:

„1400 Menschen mit ihren Familien die Sicherheit wiederzugeben, eine Arbeitsstelle zu haben, das sei der Hauptzweck der Vereinbarung und darüber mühten sich die Funktionäre klar werden.“

Die Kumpel ließen sich einreden, daß durch das Opfer, das sie selbst bringen, 1400 Kameraden Arbeit haben werden. Die Kommunisten sagten den Kumpel schon damals, daß mit dem Krümperystem die Massenverwerfbarkeit nicht aufgehoben ist, sondern das ungeheure Elend nur noch größer wird.

Die Entwicklung hat uns recht gegeben

Die Kohlenproduktion im niederschlesischen Bergbau ist weiter stark zurückgegangen. Im 1. Halbjahr 1932 betrug sie 2,33 Millionen Tonnen, dagegen im 1. Halbjahr 1932 nur noch 2,14 Millionen Tonnen. Hunderte Kameraden wurden trotz Krümperystem entlassen. Ein Lohnabbau jagte den andern.

Hoffmann selbst mußte auf der Revierkonferenz, gezwungen durch die Tatsachen, eingestehen, daß das Elend der Bergarbeiter im Waldenburger Revier seit Einführung des Krümperystems ungeheuer gestiegen ist. Den ständigen Rückgang der Kohlenproduktion und seine Auswirkung auf die Bergarbeiter schildert er mit folgenden Worten:

„Das Krümper-System sollte zur Voraussetzung haben, daß möglichst Feierschichten nicht mehr eingelegt werden. Das ist nur für zwei Monate erreicht worden. Bereits im Monat Januar setzten in den Neuzober Kohlen- und Tonwerken wieder Feierschichten ein, die sich im Laufe des Sommers auch auf die übrigen Werke des Waldenburger Reviers ausbreiteten. So brachte der Juni bereits wieder mehr als 36 000 Feierschichten und der Juli 52 000 Feierschichten. Es wurden im Monat Juli weiter 13 747 Tonnen Kohlen aufgehaldet.“

Im Monat Juli 52 000 Feierschichten

und außerdem 1937 Kumpel als Werkverlauer, das ist die Bilanz von noch nicht ganz einem Jahr Krümperystem! In der Diskussion nahmen eine Reihe Kollegen sehr scharf gegen die Welbehaltung des Krümperystems Stellung. Die Gewerkschaftsbürokratie vom B.V. mußte sich manches scharfe Wort gefallen lassen. Unverhohlen brachten eine Anzahl Kameraden ihre Erbitterung zum Ausdruck. Angesichts der neuen Lohnraub-Notverordnung herrschte unter den Kameraden des B.V. eine erhöhte Kampfstimmung. Die ganze Erbitterung der reformistischen Bürokratie kommt in dem Bericht der „Bergwacht“ vom 6. September über die Revierkonferenz zum Ausdruck. Dort werden jene Hoffmannschen Kumpel, die scharfe Worte gegen das die Erwerbslosigkeit fördernde Krümperystem gefunden haben, in der gemeinsten Art und Weise beschimpft. Es heißt da:

„Die Verantwortung jedoch dafür zu übernehmen, daß Tausende von Arbeitern die letzte tägliche Existenz noch verlieren, den Mut brachten nur wenige Diskussionsredner auf.“

Die Gewerkschaftsbürokratie vom B.V. bringt hier den traurigen Mut auf, ihre eigene Verantwortung auf erliche, Klasse

Aus dem Stadtparlament Sagan

SPD. für Ermittlung der Armen

Sagan. Zur Beratung stehen zehn Punkte, von denen wir jedoch nur zwei besonders interessante, der Klärung der Arbeiterfrage dienende Punkte herausgreifen.

1. Vom SPD.-Abgeordneten Blümen vorgetragen und der Versammlung zur Abstimmung empfohlen wird eine Vorlage, die den Bau einer Baracke empfiehlt. Diese Baracke soll lediglich gebaut werden, um Ermittler, d. h. Leute, die durch die herrschende Klasse in bitterster Eile gestochen wurden, unterbringen zu können. Magistrat und Finanzausschuß hatten vorgezogen, eine Baracke für acht Familien, also mit acht Räumen, zu bauen. Was heißt das? Nicht mehr und nicht weniger, als daß die SPD. sich für Ermittlungen der Armen und Notleidenden erklärt. Baracken sollen für die Ermittler gut genug sein. Natürlich sagt man auch hier wieder, daß die Ausführung dieses Planes nur ein Notbehelf sein soll. Na, wir kennen diese Notbehelfe und erinnern an die Notverordnungen, die ja auch nur Notmaßnahmen sein sollten und sich zu einer überaus grauenvollen Verelendung des Proletariats auszuwirken haben. Vergessen darf nicht werden, daß obiger Plan in erster Linie von dem SPD.-Stadtverordneten Schmidt (Wohnungsdezernent) angeregt wurde, der sich etwa folgendermaßen äußert:

„Mir hängt der ganze Aram schon zum Hals heraus, und ich werde dafür sorgen, daß das ganze Wohnungsamt aufgelöst wird.“

Das also ist die Einstellung eurer Vertreter, Kollegen und Genossen von der SPD. Hoffentlich gehen euch die Augen halb auf. Durch den kommunistischen Stadtverordneten Kuhnert, der den Bau eines Wohnhauses vorschlägt, wird in der Debatte der Plan des Barackenbaus abgelehnt und dem Magistrat zurückgegeben.

2. Weiterhin liegt ein Dringlichkeitsantrag vor, eingebracht von der SPD. Dieser Antrag fordert Kartoffeln, Kohlen, Bekleidung, den Ausgleich der Krisen- und Mu-Unterstützungsempfänger an die Rückschläge der Wohlfahrt und einen Ausgleich für die Renteneempfänger durch das Wohlfahrtsamt. Sollte das nicht geschehen, so könne die SPD. keine Verantwortung mehr übernehmen. Merkt

benutzte Kollegen abzuladen. Wer hat denn dafür gesorgt, daß es den Bergbaugewaltigen immer und immer wieder gelingen konnte, die Existenz der Bergarbeiter und ihrer Familien auf das heutige Hungersdasein herabzudrücken?

Kollegen vom B.V., urteilt selbst!

War es nicht Hoffmann und die übrige Bürokratie, die sich bei jedem neuen Lohnraub den Kumpels in den Weg stellten, um die kämpfende Einheitsfront zu verhindern? Jawohl, sie waren es! Das zeigt der Oktober 1931 und der Januar 1932. Diesen Weg will die Bürokratie weiter beschreiten! Durch die Pege gegen die Gegner

Im Spiegel der Presse

Der Neubaummieterstreit des Bezirks Waldenburg

Waldenburg. Die vorbildliche Geschlossenheit der Neubaummieter bei dem Streikbeschluss in der Gesamtmitgliederversammlung des Mietervereins der reichseigenen und Gemeinbewohnungen am Sonntag im „Flora Waffin“, ist so manchem Pessetakt in die Knochen gefahren. In ihrer Presse schleimen sie sich „etwas zurückhaltend“ aus, da sie ja eventuell eine anständige Portion Leser verlieren könnten.

Das Blatt der Kohlenbarone, das „Neue Tageblatt“

Bezeichnet die Ausführungen des Bezirksleiters Knobloch und des Abgeordneten Genossen Schumann als „schlimmste Scharfmacherei“. Der Mieterverein soll in „kommunistisches Fahrwasser“ geraten sein. — Daß der Mieterverein nicht in deutschlandnahes Fahrwasser geraten kann, ist klar, da ja diese Partei gerade mit die größte Schuld daran trägt, daß die Arbeiter durch fortgesetzten Lohnraub nicht mehr in der Lage sind, die hohen Mieten zu bezahlen. Von den Räten der um ihr nacktes Leben ringenden Mieter natürlich kein Sterbenswort.

Das Blättchen der Hitler-Faschisten,

die „Waldenburger Tageszeitung“, spricht wohl in demagogischer Weise etwas von der Not der Mieter, um sozialdemokratische Arbeiter, die auf Grund der rücksichtslosen Maßnahmen ihrer eigenen Führer die Partei der Komfodate, Panzerkreuzer und der Tolerierung verlassen werden, in ihren Netzen anzufangen, daß aber einer von der „Kommu“ das Hauptverbot hielt, will dem Streiktag nicht in den Strohkopf. Vor allen Dingen geist ihm nicht die Wahrheit über Ruhland, weil ja einige seiner Parteifreunde einmal etwas anderes hörten, als die Lügenberichte bezahlter Ruhlandbeser vom Format Koch, Zilge, Dörmann und Päs. Sein „hohes, geistiges“ Niveau beweist der Schlussatz, wo er sagt: „Neuerst zu bedauern ist nur, daß dadurch auch die zumeist dem Arbeiterstande angehörenden Hausbesitzer zu leiden haben“. Armer Schluder, du solltest dir das Gehgeiß wiedergeben lassen. Was der Streit der Mieter der reichseigenen und Gemeinbewohnungen mit den dem Arbeiterstande angehörenden Hausbesitzern zu tun hat, bleibt ewig dein Geheimnis.

Auch dem „Schlesischen Gebirgs-Kurier“

schmeckte es durchaus nicht, daß ein kommunistischer Abgeordneter den sozialistischen Aufbau Sowjet-Rußlands dem Niedergang der capi-

talistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland, die Mietverhältnisse in einem Arbeiterstaat denen im kapitalistischen Staat gegenüberstelle. Das Blatt bebauert, daß die Bewegung in ein „gefährliches, radikales, kommunistisches Fahrwasser“ geraten ist. Es bestätigt aber unbewußt die ganze Brutalität der Behörden gegen die durch bitterste Not in den Streik gegangenen Mieter und versucht, das Vertrauen der Streikenden zu ihren Führern zu erschüttern. Der „Gebirgs-Kurier“ hat das Wort: „Alle einzelnen Mieter, die gestern unter der Einwirkung der bekannten Massenjugend ihre Stimme für den Streik abgaben, werden das sicher noch bitter noch bereuen haben, denn die Gemeinden werden sich durch den Streik sicher nicht irretieren lassen und den Mietern nicht nur (wie bereits teilweise schon geschehen) Gas und Elektrizität, sondern auch das Wasser absperrern. Die sogenannten Führer aber werden sich fein säuberlich und bescheiden im Hintergrund halten.“

Was nicht die elende Notlage (von der ja der Artikelredierer seinen blauen Dunst hat) der Arbeiter und Erwerbslosen zwang die Mieter zu diesem entscheidenden Schritt, sondern die „bekannte Massenjugend“!

„Mitglieder des B.V.! Kumpels vom Waldenburger Revier! Weitere Massenentlassungen und neuer Lohnraub kann nur durch gemeinsamen Kampf verhindert werden. Schmiedet die Einheitsfront zur Antifaschistischen Aktion der Tat auf jeder Grube, in jedem Schacht und jeder Abteilung!“

Wählt noch in letzter Stunde Delegierte zu der am Sonntag in Weißstein stattfindenden Einheitskonferenz für das Waldenburger Revier!

talistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland, die Mietverhältnisse in einem Arbeiterstaat denen im kapitalistischen Staat gegenüberstelle. Das Blatt bebauert, daß die Bewegung in ein „gefährliches, radikales, kommunistisches Fahrwasser“ geraten ist. Es bestätigt aber unbewußt die ganze Brutalität der Behörden gegen die durch bitterste Not in den Streik gegangenen Mieter und versucht, das Vertrauen der Streikenden zu ihren Führern zu erschüttern. Der „Gebirgs-Kurier“ hat das Wort: „Alle einzelnen Mieter, die gestern unter der Einwirkung der bekannten Massenjugend ihre Stimme für den Streik abgaben, werden das sicher noch bitter noch bereuen haben, denn die Gemeinden werden sich durch den Streik sicher nicht irretieren lassen und den Mietern nicht nur (wie bereits teilweise schon geschehen) Gas und Elektrizität, sondern auch das Wasser absperrern. Die sogenannten Führer aber werden sich fein säuberlich und bescheiden im Hintergrund halten.“

Was nicht die elende Notlage (von der ja der Artikelredierer seinen blauen Dunst hat) der Arbeiter und Erwerbslosen zwang die Mieter zu diesem entscheidenden Schritt, sondern die „bekannte Massenjugend“!

Die an Abonnentenschwund schwer leidende „Bergwacht“

Der Berichterstatter hat in seinem Leben das erste Mal einen kommunistischen Rebner gehört, was nach seinem Bericht anzunehmen ist. Das Reiferat hat ihn ausgerechnet gefallend, auch die Gegenüberstellung Rußland — Deutschland. Er wird also jetzt die Politik des „kleineren Übels“, durch die keine Partei mitschuldig geworden ist an den mißerblichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, nicht mehr mitmachen und seine Genossen dementsprechend aufklären. Das wäre konsequent! Aber er macht etwas anderes, um aus diesem Kampf auch für seine sterbende Partei Kapital zu schlagen. Er legt dem Genossen Schumann einen Satz in den Mund, den derselbe nicht einmal sinngemäß gesagt hat. Der Berichterstatter zitiert: „Zu diesen zwei Parteien (SPD. und KPD. D. Berichterst.) müssen sich alle Arbeiter bekennen, die bis jetzt Zentrum, Nazis oder andere bürgerliche Parteien gewählt haben.“

Das würde bedeuten, daß wir die Arbeiter in die Arme der sozialdemokratischen Führer treiben würden, die durch ihre Verräterpolitik dem Faschismus den Weg gebnet haben, die bis heute den Kampf der Arbeiter gegen Lohn-, Unterstüßungs- und Rentenraub sabotierten und weiter sabotieren werden, die den Unternehmern Millionen Subventionen zufließen und den Arbeitern im Interesse der Wirtschaftsentwicklung alles nahmen.

Wir wollen uns dieses Verbrechens nicht schuldig machen. Genosse Schumann sagte, daß sich alle Arbeiter, ob SPD., KPD., Zentrum, Nazis oder parteilos zusammenschließen, müssen zu einer kämpfenden Einheitsfront! Das ist etwas anderes, Herr Berichterstatter. Die Führer der „Eisernen Front“ machen doch daraus nicht eine kämpfende, sondern eine bremsende Front. Was Genosse Schumann zu der Einheitsfront gesagt hat, sagen wir in jeder Versammlung, sagen wir täglich jedem Arbeiter.

Der Dreh wird selbstverständlich verpuffen, da gerade die Hermsdorfer Mieter die SPD.-Vertreter im Gemeindevorstand durch ihre rigorosen Maßnahmen tennengeleitet haben und die Mieter anderer Gemeinden nachdem, was der „Kurier“ ausplaudert, noch kennenlernen werden. —

Neubaummieter, ihr laßt euch durch Drohungen und Verdrehungskünste nicht abhalten, euren gerechten Kampf einig und geschlossen bis zum Siege zu führen. Wieder sollen eure Löhne gekent werden und die hohen Mieten bleiben. Weht nicht zu, daß eure Frauen und Kinder dahinsiechen. Organisiert auch den geschlossenen Abwehrkampf im Betriebe! Schmeißt die Zeitungen, die über euren Kampf in der oben geschilderten Form berichten, hoch im Bogen zur Wohnung hinaus und bestekt die Zeitung, die euch in schwerer Zeit ein treuer Kampfgefährte ist, die „Arbeiter-Zeitung“!

Mieter, wählt auch ihr Delegierte zu der Einheitskonferenz am Sonntag, dem 11. September, vormittags 9 Uhr, im „Finsterbrunn“ in Weißstein.

Öffentliche Protestversammlung in Freiburg

Montag, den 12. September, um 19 Uhr findet im „Frieden“ in Polzitz eine öffentliche Protestversammlung gegen die Schreckensurteile der Sondergerichte statt. Klassengenossen und -genossinnen, kämpft mit uns und erscheint restlos. Protestiert gegen das beachtliche Klassenurteil gegen Freiburger Arbeiter.

Kindertag der Roten Hilfe in Hannau

Wo gehen wir am Sonntag, dem 11. September, hin? Zum Kindertag der Roten Hilfe ins Volkshaus!

Abmarsch um 13 Uhr vom Viehmarkt. Nachmittags Konzert, Preisstiche, Kinderbelustigungen. Eintritt 10 Pf. Es laßt freundschaftlich ein

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstr. 6/10

Zentrum

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte Schmiedebrücke 17/18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

KAUF SCHUHE NUR VON ENORM BILLIG NATHAN GRAUPENSTR. 2/4, en gros - en detail

Sellen-Vertrieb Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Maustrauen bevorzugen Milch- u. Molkereiprodukte der modern u. hygienisch eingerichteten

Demeinnütziges Pfandleihhaus Hofmanns Schneiderei und Bügelei

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel nur bei Friedrich-Wilhelm-Str. 66 Scheinigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Fleisch-Zentralen Verkaufsstelle I: Messergasse 23 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14

Lebensmittelhaus Alfred Koller narragasse 4/5

Wo kaufen Sie am billigsten Damenkleiderstoffe, Herrenstoffe Seiden- und Futterstoffe, nur bei D. Süßmann

Stoff-Schuffan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größter Auswahl im Engroslager Max Cohn & Co.

Wäscherei „Südweltchen“ Plättereier, Bachmannstraße 16a Annahmestelle: Mirschstraße 40.

HUT-ROSENTHAL Blücherplatz 5 Neue Schweltditzer Str. 5a

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation Oskar Garn, Ring, am Rathaus 10

Reserviert 39

Händler und Hausierer! Großes Lager in Kleiderstoffen Mänteln und Kleidern Georg Nathan, Graupenstr. 2.4

Zigarren • Zigaretten • Tabake Friedlaender & Littauer Ring 18, Ohlauer Straße 70

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Romak, Lederhandlung Kupferschmiedestraße 37

West

Kauft beim Inserenten Kolonialwaren Obst und Gemüse Karl Hellmich

Bäckerei und Konditorei Paul Moczko, Leuthenstraße Nr. 68

Drogen, Farben, Foto Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer Posener Straße 27 Filiale Frankfurter Straße 31

Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Oskar Laqua Kolonialwaren

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich Gandauer Str. 17 — 9 Proz. Rabatt

Vogelhalter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Täglich frische Seensche und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Sandersenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. LUX

Anderssenstraße 2, Leuthenstraße 52

Farben und Lacke / Malerhaus Weißend- Ecke Sandersenstr.

Lebensmittelhaus Bach & Blachmann Herdainsstraße 44

Tischlerarbeiten fährt sauber und preiswert aus Tischlerei Gustav Schiller, Leuthenstr. 70

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann Oskar Funke

R. Miska, Redigerstr. 6/8 Selter- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin? zum „gemütlichen Art Korle“ Lohestraße 37

Nordost

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Kaschube & Döring GmbH Oderstraße 30 Angel- und Turageräte, Wäschein

Anzugstoffe kaufen Sie billigst und gut bei Altmann & Demwasser

Drogen, Farben, Foto Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus Gartenstraße 66/70

Werkstätige, kauft Radio nur bei RADIO - Ritterplatz

Paul Peschke, Messergasse 1 Lebensmittel- und Kohlenhandlung

Damenhüte Marco-Hüte Ring 22 Herrenartikel Hecht

Gelegenheitskauf 3 teill. Kleiderschrank mit Wäscher

Fleischerei und Wurstwaren Albert Walke, Ursulinerstr. 19/20

Butter, Käse, Eier, Schmalz MARGARINE NUR BEI

Henlitschka - Tapeten Ursuliner Straße 7a

Schuh-Ferz Blücherplatz 4

Butter, Käse, Eier, Schmalz MARGARINE NUR BEI CARL JOS. KESSLER, INH. O. KLEIN

Mit Vandon' reinigt man tapeteerte und gestrichene Decken und Wände

Henlitschka - Tapeten Ursuliner Straße 7a

Schuh-Ferz Blücherplatz 4

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus

Photo-Bazar Lüttgens Atelier Klosterstraße 20 / Sehr billig, sehr gut

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich Vorwerkstr. 37, empfiehlt sich bestens

Elektro-Wäscherei Odertor Seilengasse 1-3, Ruf 44444

Milch- u. Molkereiprodukte bei M. Schneider, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm Münzstr. 3, empfiehlt sich bestens

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus

Nord

B. Pohlz Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik

Richard Karsunky & Co. Möbel Rosenthaler Straße 2 — Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55

Max Fichte Bäckerei und Konditorei

M. Scholz Bäckerei und Konditorei

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102

Fleischerei und Wurstfabrik Walter Jonnek

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei

A. Kollnich St. Vincenz-Drogerie

Fritz Müller, Mühlen-Niederlage Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Gute Schuhbesohlerei Karl Hättasch

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

Kolonialwaren, Spirituosen Wilhelm Kupczyk, Schiedwörderstraße 51

Nord-Drogerie und Photohandlung Matthisstraße 35

Geld auf Pfänder jeder Art Leihhaus Grundmann

Leihhaus Grundmann Trebnitzer Str. 21

K. Harter Oelsnerstraße 14

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel

Durch Selbstanfertigung die billigsten Möbel in den Möbelwerkstätten A. LOZAR

Drogen, Farben, Lacke bei Rudolf Heckert, Vinzenzstr. 7

Edmund Prause, Kohlenhandlung Trebnitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei Georg Heyduck, Rosenstraße 16

W. Zembrod Kolonialwaren Spirituosen

Nordost

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Nord

Hedwig Depta Fischwaren, Gneisenastr. 8

Kolonialwaren — Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger

Fischgeschäft F. Kühn Kospothstraße Nr. 18

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Elison

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost

Dampfwäscherei und Feinplätterei ALBA

Albert Stosch Kolonialwaren Herzogstraße 36, Vorwerkstraße 62

Süd

Doon-Drogerie Foto-Handlung / Farben und Lacke

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Binas

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal

Brauerei - Ausschank „Zur goldenen Marie“ Frühstückstube

Ost

Hüte — Mützen, Herren-Artikel Felix Eckerl

Lacke, Farben, Pinjel U. Andrejtschke, Feldstr. 50

Paul Scholz Lederhandlung

Max Höse Fischhaus Klosterstr. 45

Südost

Sämereien — Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner

Kolonialwaren Max Naewe

Bach & Blachmann Berufskleidung

Trinkt Nitschke-Crem

Gesellschaftshaus „Jägerhof“

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

50 Jahre Massenstreik in Belgien

Fortsetzung

Wenn die reformistischen Führer auch den besten Willen hatten, jeden außerparlamentarischen Kampf zu verhindern, fertig brachten sie das Kunststück doch nicht. Im Jahre 1902 waren die Gegensätze bereits wieder so zugespitzt, daß die Arbeiter zum Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht unter allen Umständen entschlossen waren. Die reformistischen Führer vertrösteten auf den parlamentarischen Sieg, d. h. auf Abstimmungserfolge der koalisierten Liberalen und Sozialdemokraten.

Aber die Arbeiter ließen sich nicht täuschen. In gewaltigen Massenversammlungen beschloßen sie die Ausruhung des Generalstreiks. Die reformistischen Führer waren in einer Klemme. Lehnten sie den Kampf ab, dann war sicher, daß die Arbeiter über die Köpfe der Führer hinweg kämpfen würden; ließen sie den Dingen freien Lauf, dann waren größere blutige Kämpfe mit Sicherheit zu erwarten. Die sozialdemokratischen Kleinbürger wählten das für sie „kleinere Uebel“ — den heimlichen und niederträchtigen Verrat an den Arbeitern nach der Methode: An die Spitze des Kampfes stellen, um ihn abzuwürgen.

Der Generalstreik wird allgemein ausgerufen und fast restlos durchgeführt. Mit bewundernswürdiger Disziplin marschierten die Arbeiter in den Kampf. In den Versammlungen der Streikenden wird im Verlauf des Kampfes immer stärker die Frage nach wirtschaftlichen Kampfzwecken aufgeworfen. Die liberalen Bourgeois, die zu Beginn des Streiks passiv geblieben waren, fordern jetzt den sofortigen Abbruch des Streiks, der den geheiligten Profit zu schädigen droht. Die reformistischen Führer tuscheln. Rosa Luxemburg schilderte dramatisch diesen Höhepunkt des Kampfes:

„Wir sind geschlagen!“ erklärte Wandervelde den Arbeitermassen im Volkshaus am Freitagabend nach der Verwerfung der Verfassungsrevision im Parlament.

„Nicht!“ antwortete man ihm aus der Menge.
„Was tun?“ fragte weiter der belgische Parteiführer.
„Siegen auf der Straße!“ rief man zur Antwort aus dem Hause.

„Es ist zu früh oder zu spät“, sagte darauf Wandervelde. „Wir Sozialisten müssen das Wort des Evangeliums aufnehmen: Du darfst nicht töten! Das Wort gehört dem König. Wir warten, Gewehr bei Fuß.“ (Band IV, Seite 334.)

Am Sonntag befahl der spätere königliche Minister, nachdem auch der König keinerlei Zugeständnisse machte, den Abbruch des Streiks. Geschlagen gingen die 450 000 Streikenden in die Betriebe zurück.

Dieser Kampf war die erste große Probe auf die reformistische Strategie und Taktik im Zeitalter des Imperialismus. Er endete mit einer völligen Niederlage des Reformismus. Das erkannte Rosa Luxemburg ganz klar. Sie geißelte die Niederlagenpolitik der Reformisten, die es um keinen Preis der Welt zu gewaltsamen Kämpfen kommen lassen wollten, die zur Rettung ihrer Koalition mit dem Bürgertum die Arbeiter fruppellos verrieten. Damals schrieb Rosa Luxemburg:

„Die klare Einsicht in die Notwendigkeit der Gewaltanwendung sowohl in einzelnen Epochen des Klassenkampfes wie zur Eroberung der Staatsgewalt ist dabei von vornherein unerlässlich, sie ist es, die auch unterer friedlichen, gesellschaftlichen Tätigkeit den eigentlichen Nachdruck und die Wirksamkeit zu verleihen vermag. Wollte die Sozialdemokratie wirklich einmal, wie ihr die Opportunisten nahelegen, von vornherein und ein für allemal auf den Gebrauch der Gewalt verzichten, die Arbeitermassen und die Arbeitermassen auf die bürgerliche Gesetzmäßigkeit einzuweichen, dann würde ihr ganzer parlamentarischer und sonstiger politischer Kampf früher oder später kläglich in sich zusammenfallen, um der uneingeschränkten Herrschaft der Gewalt der Reaktion das Feld zu räumen.“ (Band IV, Seite 346.)

Klingt dieser letzte Satz nicht wie eine prophetische Voraussage für die entscheidende Niederlage der SPD-Politik am 20. Juli 1932? Die SPD- und USPD-Führer „wichen“ der Gewalt und räumten der Reaktion das Feld.

Die Niederlage des Jahres 1902 wirkte lange nach. Die belgischen Arbeiter wurden durch die aufstrebende wirtschaftliche Entwicklung im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts etwas von diesen politischen Kämpfen abgelenkt. Mit dem Ansteigen der Krise stiegen auch die politischen Kämpfe. Als die Sozialdemokraten im Jahre 1912 eine schwere Wahlniederlage erlitten hatten, gingen die Arbeiter spontan auf die Straße.

Schluß folgt

Massenstreikfront gegen Verrat

Die belgischen Bergarbeiter unerührt in ihrem Kampfwillen

Brüssel, 7. September. Die Streikfront der belgischen Bergarbeiter steht nach wie vor unerührt. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben, daß so gut wie keine Arbeiter die Arbeit aufgenommen haben.

Es stellt sich jetzt heraus, daß die von den reformistischen Führern unter den Bergarbeitern organisierte Urabstimmung auf das grüblichste verfälscht wurde. So wurde z. B. der Bergarbeitergewerkschaft von Zemappes (Vervins), die sich einmütig gegen die Vorschläge des Arbeitsministers Heyman ausgesprochen hatte, das Delegiertenmandat zum außerordentlichen Bergarbeiterkongress verweigert. In den Gewerkschaften des zentralen Kohlenreviers wurde vor der Urabstimmung die Frage folgendermaßen gestellt: „Die Gewerkschaftskassen sind leer. Wir können mithin keine Streikunterstützung mehr auszahlen; also, beschließt, was ihr wollt!“ In den Gewerkschaften von Charleroi und Umgebung hatten sich die Bergarbeiter bei der Urabstimmung gegen die Annahme der Vorschläge Heymans ausgesprochen. Daraufhin nahmen die örtlichen Führer eine zweite Abstimmung durch Sandaufheben vor, ohne dies zu begründen, und legten das so erzielte Ergebnis als günstig für die Arbeitswiederaufnahme aus. In anderen Gewerkschaften verließen die Bergarbeiter angeführt dieser schmachtvollen Mandat ihrer Führer die Versammlungen, worauf dann die noch anwesenden Ortsführer beschloßen, daß die „Gewerkschaftsgruppe“ sich für die Annahme der Vorschläge des Arbeitsministers ausspricht.“

SP.-Führer

auf dem Bauch vor der Regierung

Die Angst der Verräter vor der Abrechnung

Inzwischen wurde die Tagung der Kammer eröffnet. Die Sozialdemokraten hatten großspurig einen „Vorstoß“ gegen die Regierung angekündigt. Aus diesem „Vorstoß“ ist nichts geworden, vielmehr suchten die sozialdemokratischen Führer feige vor der Regierung aus Furcht vor der angedrohten Auflösung der Kammer. Die sozialdemokratischen Führer haben nämlich eine ungeheure Angst vor Neuwahlen, da sie durch den großen Bergarbeiterstreik vor den Massen des Proletariats als Ver-

räter entlarvt sind. Unter diesen Umständen wagten es die Delattre und Co. noch nicht einmal, wenigstens in Worten „radikal“ zu tun. Sie führten lediglich ein Theater auf und beschwerten sich über die Uebergriffe der Gendarmen, wobei bemerkt werden muß, daß es gerade sozialdemokratische Bürgermeister sind, die in erster Linie die Gendarmen gegen die Streikenden eingesetzt haben. Die Regierung antwortete mit ausgesprochenem Hohn auf die sozialdemokratische Interpellationskomödie.

Die belgischen Bergarbeiter brauchen dringender denn je unsere Hilfe. Ihr heldenmütiger Kampf gegen die vereinte Front der Kohlenbarone, der Regierung und reformistischen Führer muß den deutschen Arbeitern ein Ansporn sein, durch aktive Solidaritätsaktionen den Erfolg der belgischen Brüder zu sichern.

Schwere Bauernunruhen in Polen

Bewaffnete Aufstände ganzer Dörfer in der Westukraine — Graufames Wüten des Faschismus

Warschau, 7. September. Zur selben Zeit, während in den Industriezentren Polens immer gewaltigere Streiks der Arbeiter ausflammen, mehren sich besonders in der Westukraine und in Galizien die Bauernunruhen in einem Maße, daß man bereits von Aufständen ganzer Dörfer und ländlicher Gebiete sprechen kann. Die polnische Regierung bemüht sich vergeblich, durch schärfste Pressezensur die Nachrichten über die schweren Bauernunruhen zu unterdrücken.

Aber selbst die bürgerliche Presse Polens ist gezwungen, in wachsendem Maße sich mit den heftigen Bauernkämpfen zu beschäftigen. So schreibt z. B. das Korrespondenzorgan „Polonia“:

„Es waren früher nur seltene Fälle. Es kam alle paar Monate mal vor. Dann kam es Monat für Monat und jetzt kommt es schon jede Woche vor, daß man über blutige Zusammenstöße zwischen den Behörden und der Dorfbewohner liest. Und es kommt immer wieder anderswo vor. Man liest jetzt über solche Zusammenstöße in allen Teilen des Landes.“

Und in der Tat sind diese Bauernkämpfe für die Lage des polnischen Faschismus außerordentlich bedrohlich. Für die Hartnäckigkeit der Bauernaufstände ist bezeichnend, daß z. B. im nördlichen Teil der Westukraine diese Kämpfe schon seit einem Monat fast ununterbrochen andauern.

In Wolhynien, in den Bezirken Lud und Kowel ist ein ausgebrochener Bauernaufstand ausgebrochen.

Dieser Aufstand sowohl wie die Unruhen im ganzen Lande sind in erster Linie verursacht durch die ungeheuerlichen Steuerlasten und die Ausplünderungsmassnahmen des polnischen Faschismus gegen die armen Bauern. In der Ukraine kommt noch hinzu die nationale Unterdrückung durch den polnischen Imperialismus. Mit welcher Brutalität die faschistische

Regierung gegen die Bauern vorgeht, davon kann man sich eine Vorstellung machen, wenn man hört, daß die Polizei zahlreiche ukrainische Dörfer, welche die Steuerabgabe verweigerten, in Brand setzte.

Die Bauern jedoch, weit entfernt, sich durch solche Methoden einschüchtern zu lassen, bewaffneten sich und nahmen den Kampf gegen die Polizeibestialitäten entschlossen auf. Biele wurden die Polizei aus den Dörfern verjagt. Die Regierung sandte zur Unterstützung der Polizei Militär, und zwar in erster Linie das aus Kerntruppen zusammengesetzte Grenzkorps, da man bei Verwendung anderer Soldaten eine Verbrüderung mit den Bauern befürchtete. Das Militär haust in einer unbeschreiblichen Weise alle Dörfer, die der Sympathie mit den Aufständischen verdächtig sind, werden in Brand gesteckt.

Kommunistischer Wahlerfolg in Dänemark

Kopenhagen, 7. September. Die Kommunisten, die sich zum erstenmal an den Wahlen zum Landsting beteiligten, konnten einen beträchtlichen Wahlerfolg verbuchen. Obwohl sie infolge des reaktionären Wahlsystems nur in 11 Wahlkreisen Kandidaten aufstellen konnten und obwohl die Wahlberechtigung erst vom 25. Lebensjahr ab gilt, gelang unserer kommunistischen Bruderpartei eine Stimmenganzahl von 3534, davon allein in Kopenhagen 3117. Bei den letzten Volksstagswahlen im Jahre 1929 erhielt die kommunistische Partei in Kopenhagen nur 1910 Stimmen.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

34. Fortsetzung.

Der Schwede beeilte sich. In der Post angelangt, zog er den Brief aus der Tasche. Er war an seine Mutter adressiert. Grinsend riß er den Umschlag auf. Ein zweites Kuvert steckte darin und erst jetzt konnte er selber lesen, für wen diese Nachricht bestimmt war:

Sekretär des Internationalen Seemannsklub,
Danzig.

Unter schadenfrohem Lächeln holte er dann aus seiner Innentasche die gesammelten Gelder für die polnischen Hafnarbeiter. Der Inter-Klub würde es weiter befördern.

Erledigt! — —

Auf dem Rückwege sah der Schwede sich die waffenstarrenden Burschchen etwas genauer an. Sie trugen neue Uniformen und moderne Ausrüstung. Ihre Gesichter waren gestempelt von dem Stumpfsinn und der Langerweile, die so typisch sind für die Soldaten kapitalistischer Armeen. Unwillkürlich kamen ihm die Gesichter zweier Kulis der Sowjetmarine in Erinnerung. Er hatte sich in den Straßen Leningrads eines Tages verirrt und fragte sie nach dem Vorgehensplan seines Schiffes. Einer dieser Kulis sprach gut englisch, er hatte es in der Marineschule gelernt. Es war dem Schweden damals aufgefallen, daß diese beiden ihn sofort über die Lage des Theaters in Amerika ausfragten... Was für Dramen und Opern man dort spiele...? Ob er Interesse an Sinfonie-Orchestern finde?...

Es regnete noch immer. Die Leute saßen im Logis herum. Vorläufig war nichts zu tun.

Stanley lag in seiner Koje auf dem Rücken und rauchte feckenruhig eine Zigarette. In dieser Stellung konnte man regelmäßig schwerwiegende philosophische Ansprachen von ihm erwarten.

„Das ist vielleicht ein kleines Dredland hier, schlimmer noch als Kupland, was? — O, entschuldige, Genosse!“ Er sah Slim an und lächelte. Slim begann, seine Hufe zu flicken. Stanley fuhr fort: „Hast du die Beachkombers gesehen? Die, die da an der Kai herumlungern? Schöne Kopfabscheider! Ausgehungert? Wann o Mann, ich möchte mein Bein hier nicht über Bord hängen, es beißt bestimmt jemand ab. Mensch! Stell dir bloß mal vor, wie hungrig die Weiber hier sein müssen! Und hast du den abgefragten Offizier gesehen, der der Passagierin die Hand küßte? Sie muß ja wohl Geld haben. Ich hätte dem Affen was anderes zum Rüßeln gegeben.“

Schweigend rauchte er weiter. Dann: „Was säuft man hier eigentlich? Wodka?“

„Ja, Wodka, Bier, Sprit, was man haben will!“ rief eine fremde Stimme dazwischen. Die Leute sahen auf. Ein langer dünner und junger Krel stand in der Tür, pitshnaß; keiner hatte ihn kommen hören. Er lehnte sich an Langs Koje und lächelte: „Und Weiber nach Bedarf.“

Der dürre Kadaver dieses Besuchers hatte etwas Schlangensartiges an sich. Seine dünnen Schultern schienen dazu gemacht, um sich durch alle Gefängnistraillen hindurch zu schlängeln.

„Bist du Pole?“ fragte jemand.

„Nein, ich bin Lette, aber ich spreche polnisch und ich war in Amerika. Hab 'ne ganze Weile auf amerikanischen Kästen gefahren.“

„Ahteraus gefakt?“ fragte der Professor.

„Ne, ich bin von einem Letten desertiert. Essen und Heuer waren zu lausig. Ich suche jetzt einen Amerikaner. Chance hier an Bord?“

Die Leute zuckten die Schultern. „Hier wird wohl niemand in den Sad hauen.“

Slim fand den Krel widerlich. Wollte er sich verstaunen? Wie war er überhaupt an Bord gekommen?

„Ihr kommt gerade von Leningrad, ja?“

Einige nickten.

„Wie hat es euch dort gefallen?“

Die Antworten kamen langsam.

„Ganz gut“, sagte der Schwede.

„Wird schwer gebaut dort!“ meinte der Professor.

„Alle haben Arbeit!“ rief Stanley, „dort stehen die Schauerleute nicht so arbeitslos herum wie hier.“

„Nicht wahr?“ stimmte Gunnar ihm zu, „besser als dieser gottverlassene Mißhausen!“

Eddie seufzte: „Ich wollt, ich hätte dort bleiben können!“

Slim war überrascht, daß keiner von ihnen auf die Sowjetunion schimpfte. Der Fremde wartete. Er schien die Stimmung der Leute hier abwägen zu wollen. Dann begann er: „Ja, eine große Sache, die sie dort aufziehen wollen. Aber schlecht für den ausländischen Seemann!“

„Was willst du damit legen?“ fragte Gunnar.

„Oh, keine Tingeltangels, nichts, wo man mal hingehen kann!“

„Wir haben uns ganz gut amüsiert!“ erwiderte Stanley.

„Ich jedenfalls ganz bestimmt!“ prahlte der Pole.

Der Fremde machte die Bewegung des Geldzählens.

„Oh, man kann sich da schon amüsieren, wenn man genug Rubel hat.“

„Das ist es eben! Für den Ausländer alles unheimlich teuer!“ stöhnte der Professor. Dieser Geizhals hatte sich in Leningrad ganze fünf Rubel geben lassen.

„Wieviel Rubel habt ihr für einen Dollar bekommen?“ fragte der Lette.

„Nicht ganz zwei für einen.“

„Zwei für einen?“ rief der Lette in erstauntem Ton. „Ich weiß, wo ihr wenigstens sechs für einen bekommen könnt!“

„So, das war es!“

„Wo kann man das kriegen?“ fragte Gunnar. Solche Sachen interessierten ihn.

„Oh, nicht weit von hier“, parierte der Lette. „Willst du welche kaufen?“

Gunnar sah Slim an, der ihm zuwinkte.

„Nicht zu diesem Preis!“ erwiderte Gunnar. „Ich habe gehört, daß man hier sogar zehn Rubel für einen Dollar bekommen kann.“

Scheinbar erstaunt fragte der Lette: „Wo hast du das gehört?“

In diesem Moment kam der Bootsmann herein und rief: „Tän to!“

(Fortsetzung folgt.)

Bomben auf Breslau!

Die Parole aller Werktätigen: Gebt uns Arbeit und Brot statt Bomben, Giftgas und Not! / Keinen Mann und keinen Groschen für Luftschuß- und Gaschuhübungen! / Nieder mit dem imperialistischen Krieg!

Breslau, 9. September. Die deutsche Bourgeoisie hat es mit ihren Kriegsvorbereitungen sehr eilig. In mehreren deutschen Städten haben bereits die ersten Luft- und Gaschuhübungen stattgefunden. In Breslau soll am kommenden Sonntag zum erstenmal der Luftschuß durchgeführt werden. Die „Schlesische Zeitung“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Bomben auf Breslau“ das Programm dieser Veranstaltung und schreibt unter anderem dazu folgendes:

„Nachdem der Luftschußverband Schloffen schon seit Jahren in Wort und Bild eine wertvolle Aufklärungsarbeit über die Gefahren eines Luftangriffes auf die Zivilbevölkerung geleistet hat, wird er am 11. September dieses Jahres zum ersten Male dazu übergehen, durch praktische Vorführungen die Öffentlichkeit mit den Auswirkungen eines Luftangriffes und den entsprechenden Gegenmaßnahmen vertraut zu machen.“

In Anbetracht dessen, daß das Breslauer Publikum hier zum ersten Male einen praktisch durchgeführten Luftschuß kennen lernen wird und bisher noch über keinerlei Schulung auf diesem Gebiete verfügt, hat das Polizeipräsidium zunächst den Gaudauer Flugplatz als Veranstaltungsort bestimmt. Erst später will man, sofern dies rationell erscheint, gleiche Übungen an geeigneten Punkten des Stadtbereichs wiederholen, um so ein möglichst naturgetreues Bild eines wirklichen Luftangriffes zu erhalten.

... daß um 16.10 Uhr ein rotes Geschwader von 30 Flugzeugen, darunter durch ein Flugzeug der Polizei, in Höhe von 5000 Metern die Grenze bei Lublinitz-Guttentag in Richtung West-Nordwest überfliegen werde und daß daraufhin für Breslau „Luftgefahr“ angeordnet werden soll.

Die Fußgänger suchen die Stellen der nächsten Wohnhäuser bzw. den in der Flughalle gedachten Kollektivschutzraum auf. Das um 16.50 Uhr erscheinende Flugzeuggeschwader bzw. Flugzeug wirft Bomben (Zement- und Glasfäden) ab, gleichzeitig werden von der Feuerwehre Bombeneinschläge durch Abziehen von vier Kanonenschlägen markiert. Drei Autos und zehn Fußgänger haben die Straße noch nicht verlassen und werden infolgedessen von Sprengbomben getroffen. Eine Brandbombe ist auf den Turm der Flughalle niedergefallen.

... um 17.05 Uhr wirft das rote Geschwader erneut Bomben ab, durch die ein Strassenhaus in Brand gesetzt wird. Schon durch Sprengbomben Verletzte liegen teilweise vor einem anderen Hause, zehn Gasranke werden aus dem Turm des Flughauses getragen.

... ferner ein Zug des Roten Kreuzes (ein Arzt, ein Kolonnenführer und 37 Mann), ein Sanitätsauto der Feuerwehre mit verschiedenen Sauerstoffgeräten und acht Tragen, ein Trupp des Arbeiter-Samotitruschdes mit zwei Tragen und schließlich ein Aufklärungstrupp der Technischen Nothilfe mit einem Gasprüfer ein.“

Am Interaktion in die sogenannten Luftschuhmaßnahmen in Dörfern durchgeführt worden. Daß die Massen der werktätigen Bevölkerung in einem künftigen Kriege völlig schutzlos den Angriffen aus der Luft preisgegeben sind, beweist eine Photographie, die unser hiesiger Kameraden, das „Echo des Ostens“, von einem sogenannten Heldenkeller in Königsberg veröffentlicht hatte. Vor einem kleinen Eingang, in den mühsam eine Person hineintrieden kann, haben sich zusammengedrängt 15 Menschen. Und die „Berliner Morgenpost“ schrieb in ihrer Nummer vom 30. Juli von einer Schule in Elbing:

„Der Rektor konnte für alle Schüler keine Schutzmaßnahmen treffen, weil die Räume seiner Klasse nicht ausreichten. Es ist daher vorgesehen, im Notfall für die hundert Schüler der untersten Klassen den Unterricht auszusagen.“

Da die Flugangriffe nicht polizeilich angemeldet werden wie etwa politische Versammlungen nach der Notverordnung, werden die Schüler der unteren Klassen der Volksschulen schutzlos preisgegeben.

Die Luftschuhmanöver in Ostpreußen zeigten aber auch, daß heute Tausende der werktätigen Schichten bereits erkrankt hatten, daß es sich hier um Kriegsvorbereitungen handelt. Die „höheren Schüler“

die auf Fahrrädern herumsahen und Melbedienst miment, mit einer Glade bimmelten und ausriefen: „Liegere a r m!“ wurden mit höflichen und drohtischen Zurufen empfangen. Als die ersten Autos mit Helfern und Sachverständigen gefahren kamen, ertönte ein vielstündiges

„Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“ — „Gebt uns Arbeit und Brot statt Giftgas und Not!“ — „Not Front!“

Diese Luftschuhübungen kosten eine Menge Geld. Auch die Kommunen werden hier zur Tragung der Kosten mit herangezogen. Unsere Genossen in den Kommunalparlamenten müssen jeden Groschen für diese Zwecke abstimmen und verlangen, daß man statt Bomben und Gas den hungernden Hilfsbedürftigen ausreichende Unterstützung gewährt.

Die deutsche werktätige Bevölkerung muß alles tun, damit ihr die Schrecken eines neuen Krieges erspart bleiben. Es gibt für sie keinen wirksamen Schutz gegen Bomben und Gas, es gibt nur ein Mittel: Revolutionären Massenkampf gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen!

Ein Hungerwinter wie noch nie steht uns bevor

Von Th. Neubauer

Es ist ein abgefeimter Schwindel, wenn die deutsche Bourgeoisie bei den Massen den Glauben erwecken will, als ob nun endlich die mördertliche Krise des Kapitalismus ihrem Ende entgegen gehe, als ob jetzt schon der Tiefpunkt erreicht sei, als ob jetzt die Besserung begänne.

Die Wahrheit sieht so aus: Auf der ganzen Linie hat sich die wirtschaftliche Lage nur verschlechtert und verschlechtert sich weiter. Das muß selbst das offiziöse „Institut für Konjunkturforschung“ zugeben, das in seinem „Vierteljahresbericht“ vom 27. August schreibt:

„Im August hat sich die Abwärtsbewegung fortgesetzt; das Produktionsvolumen (der Umfang der Produktion. Der Verl.) ist geringer als jemals seit der Stabilisierung.“

Diese Feststellung gilt für alle Produktionszweige. Hören wir, was die „IFA“ darüber sagt:

Steinkohlenindustrie: Belegschaft im 2. Vierteljahr wieder um 8580 gesunken; Zahl der Feierschichten erhöht. Eisenschaffende Industrie: „Im Juni und Juli sind Produktion und Beschäftigung wieder scharf zurückgegangen.“

Maschinenindustrie: im März bis Juni hat die Beschäftigung erneut um 24 Prozent abgenommen.

Baustoffindustrie und Baugewerbe: Beschäftigung „nicht halb so hoch wie im Vorjahr.“

Holzverarbeitende Industrie: „Der Beschäftigungsgrad hat sich im zweiten Vierteljahr verringert, während saisonmäßig eine Zunahme zu erwarten gewesen wäre.“

Textilindustrie: „Produktion und Beschäftigung sind noch weiter gesunken.“

Leder- und Schuhindustrie: „Produktion und Beschäftigung zurückgegangen.“

Feinkeramische Industrie: „Produktion und Beschäftigung weiter gesunken.“

Glasindustrie: Produktionsvolumen im letzten Jahr um 25 Prozent gesunken.

Im Handel liegen die Umsätze um 20 bis 25 Prozent unter der Vorjahreshöhe.

Der Außenhandel ist fortgesetzt im Rückgang.

Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist, wie jetzt auch das „IFA“ angibt, sehr viel größer als die statistische Arbeitslosenziffer.

Zusammenfassend sagt das „Institut für Konjunkturforschung“: „Die Voraussetzungen für einen durchgreifenden Wirtschaftsausschlag sind für Deutschland noch immer nicht gegeben.“

Warum schwächt aber die deutsche Bourgeoisie trotz dieser alarmierenden Feststellungen ihrer eigenen Konjunkturforschung von einer „Besserung“? — Deswegen weiß sie mit Schrecken den

Gefahren eines Hungerwinters mit mehr als 8 Millionen Arbeitslosen und ungeheuerlichem Elend der gesamten werktätigen Massen

entgegensteht und die Massen mit dem Beruhigungspulver der schönen Aussicht auf eine baldige Besserung auch ihrer Lage einschläfern möchte!

Auch Papens Programm der „Ankurbelung“ ist diktiert von der Angst vor dem Hungerwinter, der uns bevorsteht. Es soll angeblich Arbeit schaffen. Es wird das Elend der Massen der Arbeitslosen nicht mindern! Die Kapitalisten werden zwar brennend gern die 2.2 Milliarden Steuerermäßigungen und Lohnzuschüsse nehmen; aber zu welchem Zweck soll sie ihre Produktion erweitern, wenn sie doch schon für ihre heutige, so eingeschränkte Produktion keinen Absatz finden, so daß sie immer mehr einschränken müssen.

Papens Lohnabbauprogramm wird vielmehr die Arbeitslosigkeit erneut steigern.

Denn wenn die Massen durch diesen Abbau der Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter um 3 Milliarden weniger Einkommen haben, können sie entsprechend weniger kaufen. Dann gehen auch die Industrien weiter zurück, die für den Massenkonsum arbeiten (und natürlich auch der Absatz der Landwirtschaft!). Wenn aber die Verbrauchsgüterindustrien weiter eingeschränkt werden, so geht auch der Absatz der Industrien für Produktionsmittel (Maschinen usw.) weiter zurück.

Die Hoffnung auf eine Steigerung der Ausfuhr, die mit dem Lohnabbau erreicht werden soll, wird zer schlagen dadurch, daß die Zollserhöhungen, welche die Regierung jetzt wieder vorgenommen hat, und die Einfuhrkontingente, die sie einführen will, Deutschland in eine große Anzahl Handelskriege mit den anderen Ländern verwickeln; denn diese anderen Länder lassen sich die Abdrosselung ihrer Einfuhr nach Deutschland nicht gefallen, sondern antworten damit, daß sie der deutschen Ausfuhr die Grenze sperren.

Wir gehen also einem Hungerwinter entgegen, wie er noch nie da war!

Wie bisher die von den Kommunisten gegebene Einschätzung der Entwicklung der Krise immer eingetroffen ist, so werden sich die werktätigen Massen Deutschlands auch diesmal binnen weniger Monate durch die eingetretene Katastrophe des Hungerwinters überzeugen, daß wir auch jetzt mit unserer Prognose recht haben. Aber diese Zeit bis dahin will die deutsche Bourgeoisie benutzen, um ihre neue Offensive gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. Das aber muß gerade verhindert werden!

Laßt euch nicht mit der trügerischen Masche auf eine Besserung, die nicht kommen wird, das Stück Brot heute und morgen nehmen!

Die deutsche Bourgeoisie hat sich mit faschistischen Gewaltmethoden für den kommenden Hungerwinter vorbereitet. Ihr aber, werktätige Massen, müßt auch mit allen Mitteln zur Wehr setzen, die euch gegeben sind:

mit der Riesenkraft der zur roten Einheitsfront zusammengeschlossenen Millionenmassen des arbeitenden Volkes!

Erklärung zum

Uebertritt der Genossin Felsen von der SAP. zur KPD.

„In der KPD. gibt es keine Meinungsfreiheit, dort diktiert nur der Vorstand, was Moskau verlangt!“ — Das ist eins der Hauptargumente der SAP.-Genossen gegen die KPD.

Also müßte man annehmen, daß innerhalb der SAP. jedem Mitglied die weitgehendste Möglichkeit gegeben wird, seine Meinung zu äußern. Von dieser Meinung ausgehend hätte ich mir im Interesse des so notwendigen Verständnisses zwischen KPD.- und SAP.-Genossen vorgenommen, meinen Austritt aus der SAP. den Mitgliedern mitzuteilen und meine Gründe zu erklären.

Der Genosse Felsen hatte seinerzeit versucht, eine Erklärung für sein Handeln in der „SAP.“ schriftlich zum Ausdruck zu bringen. Diese Erklärung ist nie erschienen, dafür aber kürzeren unter den SAP.-Genossen viele falsche Gerüchte, die leider jeden Willen zum Verstehen vermissen lassen.

Aus diesen Gründen hatte ich mich in der Mitgliederversammlung der SAP. am Mittwoch zum Wort gemeldet; habe aber, trotzdem ich dem Vorstand mitteilte, daß ich nur zwei Minuten sprechen will, das Wort nicht bekommen. Nachdem 5 Genossen in der Diskussion gesprochen hatten, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt und angenommen, und auf diese Weise unter dem Schein der Demokratie das abgewürgt, was der Vorstand nicht hören wollte und die Mitglieder nicht hören sollten.

Nun, Genossen, wenn die SAP.-Führung der Meinung ist, sie handelt richtiger und besser für die Interessen der Arbeiterklasse als die KPD., und diese Meinung vertritt sie doch stets, sonst müßte sie ja selbst ihre Existenzberechtigung verneinen, dann verwundert es mich sehr, daß sie mit solch sozialdemokratischen Maßnahmen arbeitet; hat sie recht und ich unrecht, dann hat sie doch nichts zu befürchten! Da mir also gestern auf diese Weise die Möglichkeit genommen wurde, mündlich meine Meinung innerhalb der SAP. zu begründen, sehe ich mich gezwungen, dies an dieser Stelle zu tun.

Der Genosse Enderle hat in seinem Vortrag darauf hingewiesen, daß wir bei der so notwendigen Arbeit innerhalb der

Genossenschaften nicht argumentieren sollen, „wir SAP. verlangen dies und das“, sondern daß wir in jeder Situation die Genossen vor die Frage stellen müssen, was ist jetzt im Interesse der gesamten Arbeiterschaft notwendig. Ich habe diese Fragestellung erweitert auch auf meine politische Arbeit überhaupt. Und dabei bin ich zu folgendem Ergebnis gekommen:

Wir alle wissen, daß ein siegreicher Kampf gegen das bestehende wahnsinnige System nur geführt werden kann von der geschlossenen einigten Arbeiterschaft im revolutionären Kampf.

Also müssen wir unsere gesamte Arbeit von dem Gesichtspunkt aus betrachten, wie erreichen wir diese Einheit!

Daß die reformistische Führung der Sozialdemokratischen Partei diesen Kampf nicht führt, darüber sind sich alle denkenden Arbeiter auch einig. Darum besteht unsere Aufgabe auf dieser Seite darin, alle Arbeiter, die trotz der bitteren Erfahrungen noch an diese Führung glauben, mit zähester Geduld von der Notwendigkeit der Trennung von dieser Führung zu überzeugen.

Ist dies der Sozialistischen Arbeiterpartei gelungen? Ist es ihr gelungen, die zersplitterte Arbeiterschaft zur Einheit zu führen?

Nein, es ist ihr nicht gelungen!

Die Arbeiterklasse hat klar und eindeutig bewiesen, daß es für sie genau so, wie es zwischen Reformismus und Kommunismus nichts Drittes gibt; sie auch keine Partei anerkennt zwischen SPD. und KPD. Alle Versuche der verschiedenen Gruppen, die sich in den 14 Jahren des Bestehens der KPD. zur revolutionären Führung heraus fühlen, sind Splittergruppen geblieben, und auch der SAP. hat das Proletariat dieses Urteil gesprochen.

Hat es gesprochen, trotz der selbstlosen, mühevollen Arbeit aller guten Funktionäre, die in der SAP. arbeiteten; hat es gesprochen trotz des widerwärtigsten Kampfes sämtlicher Parteien gegen die

KPD., eines Kampfes, dem kein Mittel der Lüge und Verleumdung zu gemein waren, um es gegen Kommunisten anzuwenden.

Bedenke ich jetzt noch, daß in jeder Versammlung, auch der SAP., betont wird, die gegenwärtige Situation sieht auf 5 vor 12, wir haben keine Zeit zu verlieren, dann, Genossen, bin ich verpflichtet, die Einheit zu schaffen so schnell wie nur irgend möglich.

Aus diesen Erwägungen heraus habe ich mir bei der Gründung der KPD. vorgenommen, mich nicht mehr vom Hörensagen gegen die KPD. beeinflussen zu lassen, sondern überall persönliche Fühlung zu suchen, um mir selbst ein Urteil zu bilden.

Bei diesem Suchen bin ich zur Erkenntnis gekommen, daß die KPD.-Führung die Aufgaben durchaus richtig sieht und stellt, daß sie aber nicht die Kräfte hat, die all diese großen Aufgaben durchführen. All die wertvollen Kräfte aber innerhalb der SAP. leisten trotz des besten Willens, dadurch, daß sie eine gesonderte Partei sind, mehr hemmende als fördernde Arbeit bei dem gewaltigen Ringen um Leben oder Sterben des Proletariats.

Ich aber, Genossen, will nicht hemmen, ich will mithelfen. Darum trete ich aus der SAP. aus, ich belenne mich zur revolutionären kommunistischen Partei.

Breslau, den 8. September 1932.

Wir begrüßen die Genossin Felsen in unseren Reihen und möchten hierbei nur unterstreichen die wahre Feststellung, daß die SAP. die Schaffung der roten Einheitsfront nicht nur hemmt, sondern auch sabotiert, und rufen allen ehrlichen SAP.-Genossen zu: Macht Schluß mit Eckstein, Ziegler u. Co.! Wir reichen euch die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfe in den Reihen der Partei Dennis, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg!